



medico international

rundschreiben

02 | 11

www.medico.de



Inhalt

Editorial.....	2
Kommentar	4
Interview mit Dr. César Rodríguez Rabanal.....	6
Projekte – Projektionen.....	12
Chile	14
Migration.....	20
Nicaragua.....	24
Interview mit Dieter Müller.....	27
Palästina.....	28
Symposium der stiftung medico international.....	30
Syrien.....	34
medico aktiv	38
medico Materialliste	40
Service/Impressum	42

Titelbild: Bitteres Zuckerrohr. Im Jahr 2010 exportierte Nicaragua 80 Millionen Liter Bioethanol in die EU. Das Süßgras bildet die Biomasse zur Gewinnung „klimafreundlicher Endenergie“. Mit tödlichen Folgen: chronische Niereninsuffizienz und zehnfach höhere Sterblichkeit der Zuckerrohrarbeiter, dazu Verseuchung von Böden und Grundwasser entlang der Plantagen.

Foto: Francesco Zizola|NOOR

Liebe Leserinnen
und Leser,

als ich im April dieses Jahres eine Veranstaltung in Frankfurt mit der nicaraguanschen Zuckerrohrarbeiterin Carmen Rios (vgl. S. 24) moderierte, musste ich feststellen, mit welcher enormen Geschwindigkeit die globalen ökonomischen Prozesse über Länder wie Nicaragua hinwegfegen. Carmen Rios ist unheilbar an chronischer Niereninsuffizienz erkrankt. Die Ursache: der Pestizideinsatz auf den Zuckerrohrgroßplantagen. Das hat es immer schon gegeben, sagen Zyniker. Nach dem Motto: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Tatsächlich hatte sich aber in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die Großplantagenwirtschaft aus Mittelamerika zurückgezogen. Nun ist sie in Schallgeschwindigkeit auf den Weltmarkt zurückgekehrt. Die Endlichkeit des Erdöls hat den Energiehunger auf Ersatzstoffe umgelenkt. Die heißen unter anderem Raps, Palmöl, Zuckerrohr, Mais. Der agroindustrielle Komplex, der nichts mehr mit unserer idyllischen Vorstellung von Landwirtschaft zu tun hat, überzieht heute jeden Winkel der Erde wieder mit Plantagen. Denn sie sind sehr lukrativ. Damit werden die Lebensbedingungen der Menschen handstreichartig verändert. Dörfer werden zerstört, Land wird knapp, Menschen migrieren aus ihrer Heimat und ihren sozialen Zusammenhängen. Alles, weil es der Markt so will. Mit den Großplantagen zurückgekehrt sind extreme gesundheitliche Belastungen. Aus den hochmodernen Zuckerrohrfeldern Brasiliens wird zwar kein Pestizideinsatz mehr gemeldet, dafür sind die



Arbeitsbedingungen derart schwer, dass ein Zuckerrohrarbeiter nach etwa 15 Jahren an Erschöpfung stirbt. In Chile hat der ökonomische Druck auf Agrarland zur Folge, dass die Mapuche-Frage immer noch ungelöst ist (vgl. S. 14). Neben in Argentinien haben sich bereits Ärzte zusammengeschlossen, die die dramatischen gesundheitlichen Folgen des Pestizideinsatzes auf den riesigen Sojafeldern untersuchen, die für den enormen Fleischkonsum Westeuropas und Nordamerikas nötig sind. Missbildungen bei Kindern der verarmten Landbevölkerung sind hier an der Tagesordnung. Diese Meldungen kommen aus Ländern mit Gewerkschaften, Gerichten, Strukturen, die wenigstens den Skandal noch entdecken. Die sklavereiähnlichen Arbeitsbedingungen in den Bergwerken des Kongo und den Minen Sierra Leones interessieren gerade mal kleine zivilgesellschaftliche Gruppen.

Was mich an der Geschichte von Carmen Rios so bewegte, war auch die Erkenntnis, dass möglicherweise solche Unternehmungen wie das Gemeindeprojekt El Tanque heute nicht mehr zu realisieren wären. Der globale ökonomische

Druck auf Land und Territorien ist so enorm, dass Kleinbauern keine Chance mehr haben. Dabei ist das Dorf der wiederangesiedelten Bauern, das medico seit dem Hurrikan Mitch 1998 jahrelang vielfältig unterstützte, nach wie vor eines der erfolgreichsten Projekte der nachhaltigen Armutsbekämpfung (vgl. Interview auf S. 6). Hier überleben nicht nur Menschen, hier sind auch wieder soziale Beziehungen entstanden. Das ist der beste Schutz gegen den Kreislauf aus Armut und Gewalt.

Die Bedingungen für Inseln der Vernunft – als solche hatten wir El Tanque immer betrachtet – werden schwieriger. Einzig eine kritische globale Öffentlichkeit kann hieran etwas ändern. Da allerdings gibt es seit den Protesten in Tunesien, Ägypten, aber auch in Syrien (vgl. S. 34) überraschend Positives zu vermelden. Auf dem Symposium der stiftung medico international war dies ein Thema. Wir berichten darüber in diesem Heft. Es sei Ihnen hiermit anempfohlen.

Herzlichst Ihre

Resistenz

Über die Vernutzung des Gemeinguts Antibiotikawirksamkeit

Von Thomas Gebauer

Erst die Gurken, dann Tomaten und Salat, schließlich die Sprossen – ausgerechnet dort, wo Sicherheit groß geschrieben werden sollte, ausgerechnet in Fragen der Lebensmittelsicherheit, herrscht Verunsicherung. Und dies nicht erst seit EHEC. Die Liste der Lebensmittelskandale ist lang: Frostschutzmittel im Wein, BSE, Gammelfleisch, dioxinbelastetes Viehfutter, Mäusekot im Mozzarella – immer öfter müssen sich die Behörden, die für Lebensmittelsicherheit zu sorgen haben, mit der Bewältigung von Krisen beschäftigen.

Ob bei den laufenden Untersuchungen über den Übertragungsweg (die Sprossen) hinaus auch der Ursprung des EHEC-Durchfallerreger jemals aufgeklärt werden kann, ist nicht sicher. Solange aber seine Herkunft nicht eindeutig nachgewiesen ist, machen skurrile Erklärungen die Runde. Den Vogel hat die Bild-Zeitung abgeschossen: Die Spur des Todeskeims führe nach Afrika, titelte das Boulevardblatt, „ein extrem gefährliches Bakterium aus Zentralafrika, das blutige Darmentzündungen verursacht, paarte sich mit dem in Deutschland bekannten EHEC-Erreger“.

Statt den Ursprung des Unheils in Afrika zu wähen, ist es höchste Zeit, über die eigenen Lebenswelten nachzudenken. Denn das steht fest: auch die hiesigen Mikroorganismen passen sich an veränderte Umweltbedingungen an, sie variieren ihr Erbgut und suchen sich neue Übertragungswege. Im Falle von EHEC ist es ganz offenbar zu einem Gentransfer zwischen verschiedenen Erregerstämmen gekommen, was sowohl im menschlichen Umfeld als auch in Rindern stattgefunden haben könnte.

Und so führt die Spur eher zu uns selbst: in die Viehmast beispielsweise, wie es ein Blogger im „Ärzteblatt“ nahelegt, oder in Krankenhäuser, Arztpraxen und private Haushalte, wo Krankheitskeime permanent mit allerlei Chemikalien, Desinfektionsmitteln oder Medikamenten in Berührung kommen – und der Selektionsdruck groß ist. Auch der aktuelle EHEC-Erreger verfügt über Gene, die ihn gegen Antibiotika schützen. Bakterien dieses Typs, so Helge Karch, der Leiter des Münsteraner Instituts für Hygiene, seien gegen Antibiotika resistenter geworden. Und so ist nicht auszuschließen, dass der massive Einsatz von Antibiotika in Landwirtschaft und Humanmedizin zum Entstehen des EHEC-Erregers beigetragen hat.

Nachzudenken ist deshalb über den allzu sorglosen Umgang mit Antibiotika, die nicht selten völlig unsachgemäß schon bei leichten Erkältungen oder Bauchgriemen verordnet und eingenommen werden. Dabei spielen die Erwartungshaltungen der Patienten, ärztliche „Traditionen“ und das Marketing der Pharmaindustrie eine nicht unwesentliche Rolle. Franzosen beispielsweise konsumieren dreimal soviel Antibiotika wie

Holländer. In China sollen heute 30 - 40 Prozent aller eingesetzten Medikamente Antibiotika sein. In den USA ist die Hälfte des Antibiotikaeinsatzes medizinisch unbegründet. Arzneimittel lassen sich Patienten unmittelbar in Rechnung stellen; die Förderung eines rationalen Umgangs mit Arzneimitteln und die Kontrolle der Infektionswege dagegen erfordern Aufklärung und öffentliches Engagement.

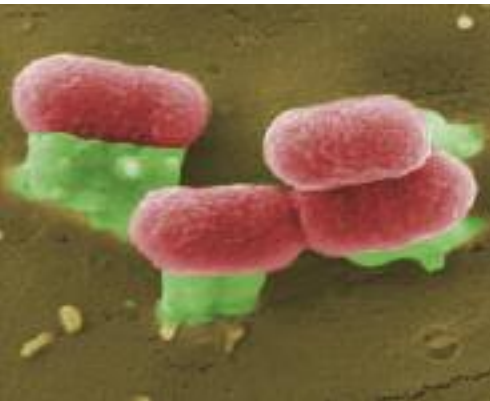
Der übermäßige Gebrauch von Antibiotika ist höchst problematisch: Durch ihn wird die Resistenzentwicklung von Krankheitskeimen beschleunigt. Die Wirksamkeit von Antibiotika aber ist nicht irgendetwas: sie ist ein bedeutsames Gemeingut, eines, das über Leben und Tod entscheiden kann und deshalb der Allgemeinheit gehört. Zu den Eigentümlichkeiten dieses Gemeingutes zählt, dass es nur begrenzt vorhanden ist und mit

jeder, vor allem mit jeder unsachgemäßen Einnahme von Antibiotika auch deren Wirksamkeit aufgebraucht wird. Die Welt steuert auf ein „post-antibiotisches Zeitalter“ zu, so kürzlich die WHO-Generaldirektorin Margaret Chan.

Unter solchen Umständen ist absolut unverständlich, dass in Europa noch immer etwa 50 Prozent aller Antibiotika in der Tierzucht eingesetzt werden. Zwar hat die EU 2006 ein Verbot von Antibiotika als Futtermittelzusatzstoff erlassen, doch werden Antibiotika weiterhin großflächig veterinärmedizinisch eingesetzt, sozusagen zur Vorbeugung von Krankheiten, aber noch immer mit dem willkommenen Begleiteffekt eines beschleunigten Fleischwachstums.

Und der zahlt sich aus. US-Wirtschaftsforscher haben errechnet, dass sich der Profit der Viehzüchter durch den Einsatz von Antibiotika um rund neun Prozent steigern lässt. Was Wunder, wenn Anfang des Jahres wieder die Warnung vor vermehrt mit Antibiotika verseuchtem Hühnerfleisch die Runde machte. Ganz offenbar werden noch immer Antibiotika unerlaubt zur Wachstumssteigerung in der Viehmast eingesetzt, das Gemeingut Antibiotikawirksamkeit zur unmittelbaren Profitsteigerung privat angeeignet.

Es ist gut, dass derzeit über eine grundlegende EU-Agrarreform nachgedacht wird. Ein Systemwechsel ist vonnöten, weg von einer weiteren Industrialisierung der Landwirtschaft hin zu einer am Gemeinwohl orientierten bäuerlichen, fairen, tier- und umweltgerechten Landwirtschaft, verlangt beispielsweise die „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (www.abl-ev.de): Fruchtfolgen statt Monokulturen, eigener Anbau von Eiweißpflanzen statt Gentechniksoja aus Übersee, der Erhalt von Grünland und Weidevieh. All das aber wird nur gelingen, wenn auch das bisherige System der EU-Agrarsubventionen grundlegend verändert wird. Solange er der mächtigen Agrarlobby gelingt, dass monokulturelle Großbetriebe das Gros der Zahlungen einstecken, bleiben kleinbäuerliche Betriebe auf der Strecke. Erst das Ende der bestehenden Subventionspraxis eröffnet die Chance auf Veränderung – die ganz nebenbei auch dafür sorgen würde, dass afrikanische Landwirte wieder konkurrenzfähig Gemüse produzieren könnten. Womit wir dann doch in Afrika wären, dessen Unheil allerdings zu einem gerüttelt Maß aus Europa kommt. ■



Armutsbekämpfung repolitisiert

Der peruanische Psychoanalytiker Dr. César Rodríguez Rabanal über die Bedeutung von Armutsbekämpfung, in dem Empathie und Solidarität

Sie haben sich bereits in den achtziger Jahren mit den psychischen Folgen von Armut beschäftigt und mit psychoanalytischen Methoden die Situation der Menschen in den Elendsvierteln von Lima untersucht. Was waren damals die zentralen Ergebnisse dieser Beschäftigung?

César Rodríguez Rabanal: Damals beschäftigte man sich mit der Armut vor allem auf dem Gebiet der Ökonomie und der Entwicklungspolitik. Die sogenannten „harten Daten“ der materiellen Armut wurden jedoch nicht mit der Herausbildung bestimmter Verhaltensmuster, die unter solchen Lebensumständen möglicherweise entstehen, in Verbindung gebracht. Letzten Endes ging es uns um die Wechselwirkungen zwischen der Innen- und der Außenwelt des Menschen am Beispiel der Armut: Welche äußeren Bedingungen führen dazu, dass Menschen bestimmte Haltungen und Verhaltensmuster übernehmen? Und umgekehrt. Wie tragen diese Haltungen und Verhaltensmuster dazu bei, dass materielle Armut und die Abhängigkeiten sich verewigen? Diesen Ausgangspunkt haben wir später um Untersuchungen zu politischer Gewalt erweitert.

Die Slumbewohner in Lima hatten das Land, auf dem sie ihre Hütten errich-

teten, besetzt. Gab es im Gegensatz zu heute politische Strukturen oder Formen der Selbstbestimmung auch unter den Allerärmsten?

Ja. Das waren allerdings keine nachhaltig organisierten Strukturen, sondern vielmehr Überlebensstrategien, die aus der Not entstanden waren, um sich gegen die Räumungen durch die Polizei zur Wehr zu setzen. Es gab auch damals Leute, die damit Geschäfte machen wollten oder versuchten aus der Situation politisches Kapital zu schlagen. Diese selbst organisierten Überlebensstrukturen werden von außen instrumentalisiert. Da gibt es politischen Opportunismus, Skrupellosigkeit, aber auch das Bedürfnis dieser Menschen, sich zu behaupten und das besetzte Land, das alles Wüste war, zu verteidigen. Zu diesem Zweck haben sie sich regelmäßig getroffen und an diesen Treffen haben wir teilgenommen. Wir haben uns vorgestellt und erklärt, dass wir keine psychologisierenden Ansätze hätten, sondern dass wir den Urbanisierungsprozess als Ganzes begleiten wollten. Dazu machten wir uns mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut, was eine Grundvoraussetzung für eine solche Art von Arbeit ist. Für uns war die Identifizierung mit den Menschen und ihren Anliegen außerordentlich wichtig, gerade weil auch unser Anliegen im weites-

en

nal plädiert für ein Verständ-
im Mittelpunkt stehen

ten Sinne des Wortes ein politisches war.

Wie haben sich der Mikrokosmos Armut und seine psychischen Folgen für die Menschen in den Jahrzehnten des Neoliberalismus verändert?

Eine Arbeit wie damals ließe sich heute nicht so einfach durchführen, weil solche Organisationsformen, wie sie damals bestanden, mit dem wachsenden Individualismus nur selten entstehen. Würden wir heute in einem neu entstandenen Elendsviertel auftauchen, um uns zu solidarisieren und unsere fachliche Unterstützung bei der Ansiedlung anbieten, würde sofort die Frage nach unserem Interesse auftauchen: Was wollt ihr von uns? Welche Geschäfte wollt ihr mit uns machen? Beinahe alles wird heute im Sinne des Geschäfts verstanden. Misstrauen war zwar auch damals vorhanden, aber zumindest noch ambivalent ausgeprägt. Heute, nach Jahrzehnten des Neoliberalismus, herrscht vor allem ein utilitaristisches Denken vor: Wie kann man aus der Arbeit mit uns, Profit für sich schlagen. Die Folgen des Neoliberalismus bestehen vor allem im Verlust von Solidarität untereinander und in den wachsenden Vorbehalten, sich von uns unterstützen zu lassen.

Ist so auch eine wichtige Ressource



Das Beispiel Bangladesch

Gesundheit in der Megacity

Es ist eines der irrwitzigen Phänomene des 21. Jahrhunderts: Nie war die Weltbevölkerung so groß und nie lebte sie auf so eng gedrängtem Raum. Das Gesicht dieser Urbanisierung ist die scheinbar wie entfesselt wachsende Megacity. 15 der 20 größten Stadtregionen liegen im globalen Süden und ein Drittel der Stadtbewohner leben dort in absoluter Armut. In der hauptstädtischen Agglomeration Dhaka wohnen heute 15 Millionen Menschen, 1950 waren es noch 500.000. Anders als auf dem Land, kann Gesundheitsfürsorge in diesem städtischen Raum nicht auf schon bestehende Gemeinschaft der Betroffenen setzen, sondern muss ein solches solidarisches Mit- und Füreinander erst schaffen. Das wagt der medico-Partner Gonoshastaya Kendra (GK) jetzt mit der Rickshawpullers Health Cooperative. Hier können sich die Fahrer der dreirädrigen Fahrradrikschas, sie alle leben in Konkurrenz zueinander in slumähnlichen Verhältnissen, für einen Euro jährlich gegenseitig Krankenversichern. medico bezuschusst diesen Vorgriff von unten im Kampf um eine gesetzliche Krankenversicherung. Ihre Spende dafür unter dem Stichwort: **Bangladesch**.

Das Beispiel Haiti

Solidarität der Kleinbauern

Ländliche Armut ist in vielen lateinamerikanischen Ländern Ausdruck von extremer Ausweglosigkeit und Vernachlässigung. Aufgrund ökologischer und weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist die Situation der Kleinbauern und Landarbeiter in Haiti allerdings besonders problematisch. Trotzdem, auch hier existiert eine soziale Bewegung der Kleinbauern, Tet Kole, die seit zwei Jahren mit ihren 70.000 Mitgliedern auch der internationalen Bewegung Via Campesina angehört, die sich unter anderem für die Landreform und den Widerstand gegen das Agrobusiness einsetzt. Seit zwei Jahren gibt es eine brasilianische Solidaritätsbrigade, die Tet Kole ihr Wissen in Theorie und Praxis zur Verfügung stellt. Nach dem Erdbeben organisierte sie 1.284 Zisternen für vernachlässigte haitianische Dörfer, die der brasilianische Bundesstaat Bahia spendete. Die Installation der Zisternen unterstützte medico. Die haitianisch-brasilianische Solidarität geht weiter und wird unter anderem von medico gefördert. Ihre Spende dafür unter dem Stichwort: **Haiti**



der Selbstheilung verloren gegangen?

Nicht nur der Selbstheilung, sondern auch der Motivation für solidarische Unterstützung. Wir wollten damals nicht einfach helfen, wir wollten die Menschen in ihrem Recht auf Stadt politisch unterstützen und auch uns selbst an der Aufgabe entwickeln. Heute herrscht ein kurzsichtiger Pragmatismus vor, der sich auch in der Politik gegenüber der Armut und den Armen wiederfindet. Politik besteht nur noch aus handfesten Angeboten. Geld wird zugeschossen oder Infrastruktur verbessert. Das ist richtig, aber die Vorstellung von Entwicklung beschränkt sich dabei eben nur auf das

Materielle. Ein integraleres Konzept von Entwicklung, das den Menschen mit seinen Potenzialen umfasst, hat leider immer weniger Platz.

Die eher technisch ausgerichteten weltweiten Armutsbekämpfungsprogramme treffen auf Menschen, die letztlich nicht in der Lage sind, selbst aus der Armut herauszukommen. Bleiben sie deshalb auf Dauer unwirksam?

Ohne die ganze Welt zu kennen, würde ich sagen, dass sich dieser Trend auf jeden Fall deutlich abzeichnet. Hier in Peru gibt es zum Beispiel spezielle staat-



umgehen, wie sie sich organisieren und welche Perspektiven sie im Leben haben, interessiert keinen.

Welche Ansätze kann eine solidarische Hilfe verfolgen, die diesen inneren wie äußeren Kreislauf der Armutszementierung durchbrechen will?

Wir arbeiten wie medico mit Partnern, die im guten Sinne des Wortes politisiert sind. Sie verfügen über langjährige Erfahrungen im Umgang mit der Armut, im Umgang mit Menschen in Armut und in praktischer Solidarität. Es fehlt ihnen vielleicht an Fachkenntnissen, die hilfreich sein könnten. Wir wollen sie nicht zu Psychoanalytikern oder Psychotherapeuten ausbilden. Aber in Selbsterfahrungsgruppen sollen ihnen Fachkenntnisse vermittelt und ihre Fähigkeit, auf Menschen aus Armutskontexten einzugehen, gefördert werden. Das ist ein ganz entscheidender Punkt, der in der Regel in der Entwicklungszusammenarbeit vernachlässigt wird.

Aber Traumaarbeit ist doch gerade ein großes Schlagwort in der Entwicklungspolitik?

Bei den Themen Selbstwertgefühl und Trauma muss man aufpassen. Das Ganze ist sehr psychiatrisiert worden, beziehungsweise zu Schemen und Schlagworten verkommen. Alle sprechen nur von den Folgen des Traumas und haben ein bestimmtes Schema beim Umgang damit vor Augen. Aber im Umgang mit einem konkreten Menschen und seinen Gefühlen gibt es keine generellen Antworten. Man muss sich immer wieder

liche Institutionen für die Vergabe von Mikrokrediten. Die führen Weiterbildungen durch, sogenannte „capacitaciones“, bei denen auf einer Veranstaltung Tausende von Menschen innerhalb von drei bis vier Stunden im Umgang mit den Mikrokrediten geschult werden. Nach dieser Veranstaltung gelten sie als weitergebildet und bekommen sogar ein Zeugnis ausgestellt. Das ist eine Beleidigung der Menschen. Es handelt sich um eine Instrumentalisierung der Armutsbekämpfung für sehr kurzfristige politische Ziele. Es geht immer nur um Zahlen. Die jetzige Regierung Perus behauptet, die Armut hätte sich erheblich reduziert. Aber wie die Armen leben, wie sie miteinander

aufs Neue mit dem einzelnen Fall beschäftigen und die Fähigkeit der Menschen, die vor Ort mit diesen Menschen arbeiten, entsprechend in diese Richtung entwickeln und fördern; immerhin geht es dabei um Traumatisierungen. In Lateinamerika gibt es immer wieder die Praxis der Workshops, die meistens an einem Wochenende stattfinden und auf denen man erklärt bekommt, wie man ein anderes, ein besseres Selbstwertgefühl erlangt. Das ist doch sehr naiv. Viel-

mehr müsste die ständige Begleitung dieser Gruppen im Vordergrund stehen.

Was wären Schwerpunkte einer solchen Weiterbildung in Abgrenzung zum allgemeinen Traumadiskurs?

Am Anfang ist es wichtig, eben keine Agenda zu haben, sondern sich erst einmal mit den Menschen zu treffen und sich anzuhören, was sie zu erzählen haben. Dabei sollte man ihnen nicht den

Das Beispiel Südafrika

Wider den Kreislauf aus Armut und Gewalt

Aus einer Gruppe engagierte Psychologen, die Gefangene und Folteropfer des Apartheid-Regimes therapeutisch unterstützen, ist dieser langjährige medico-Projektpartner entstanden. Die Arbeit von Sinani in ausgegrenzten und gewaltgeprägten Gemeinden in Kwa-Zulu-Natal ist getragen von der Überzeugung, dass Hilfe für Veränderungsprozesse alle Bedürfnisse wahrnehmen und ganzheitlich organisiert sein muss. Seit 1995 arbeitet Sinani in ca. 20 Gemeinden, in denen politische, soziale und häusliche Gewalt eng verschränkt sind, extreme Armut und eine hohe HIV-Infektionsrate herrscht. Die Gemeinwesenarbeit von Sinani verbindet die Selbstermächtigung des Einzelnen mit der Wiederherstellung von Beziehungen und Verbindungen in den Gemeinden sowie zu staatlichen Institutionen. Ziel ist es die politischen und sozialen Akteure in den Gemeinden – durch Fortbildungen, Entwicklung von sozialen und wirtschaftlichen Programmen – in ihrer Selbstermächtigung zu stärken. Die langjährige Begleitung der Gemeinden hat sich als so erfolgreich erwiesen, dass Sinani von staatlichen Stellen zur Fortbildung angefordert wird und ein Curriculum erarbeitet, auf dessen Grundlage Gemeinwe-



senarbeiter und Sozialpädagogen ausgebildet werden, die in diesen extremen Armuts- und Gewaltkontexten tätig sein werden. (Ausführ-

Eindruck vermitteln, sie seien krank und man würde sie nun als Arzt entsprechend behandeln. Vielmehr sollte man deutlich machen, dass sie Menschen sind, die unter schwierigen Bedingungen leben, sich daher schwer tun, alleine weiterzukommen. Im Vordergrund sollte auf jeden Fall die Begleitung dieser Personen stehen und nicht die Einengung auf ihre traumatischen Geschichten. Ich selbst habe einmal in Peru einen Workshop mit ehemaligen Tuberkulosepatienten

veranstaltet. Da haben wir erst einmal nur über den Alltag dieser Menschen gesprochen und erst später über das Thema Tuberkulose. Wir haben sie nicht als Kranke behandelt, sondern als Menschen, die es schwer haben im Leben und alleine damit nicht fertig werden, und dadurch ihre Geschichte entmedikalisiert. Es muss doch betont werden, dass niemand allein fertig werden kann mit so etwas. Gravierender wie der Vernachlässigung durch Amtsverhältnisse und den Katastrophen, die damit so häufig verbunden sind.

Ohne Agenda, das widerspricht den Armutsbekämpfungsprogrammen, die auf messbare Erfolge abzielen?

Auch ich bin für erfolgreiche Armutsbekämpfung. Es kommt dabei ganz darauf an, wie man den Erfolg definiert. Wenn man unter Erfolg versteht, dass immer mehr Menschen ein Bewusstsein für die eigene Lage entwickeln, empathisch im Umgang mit anderen werden und Solidarität ausüben, dann halte ich das für sehr erfolgreich. ■

Das Interview führte Katja Maurer

Dr. César Rodríguez Rabanal, in Peru geboren, hat in der Bundesrepublik studiert und am Frankfurter Sigmund-Freud-Institut seine psychoanalytische Ausbildung erhalten. Er hat mehrere Bücher zu psychosozialen Problemen in peruanischen Elendsvierteln verfasst.



Foto: Privat



liche Informationen zum Arbeitsansatz von Sinani unter: www.medico.de) Das Spendenstichwort lautet: **Südafrika**.

Gesprächsrunden gegen die Gewalt.
Foto: medico

Demokratie macht gesund!

Ägypten: Recht auf Stadt im Slum

Der Pharaos musste gehen. Und nichts mehr wird so sein, wie es war. Noch in den umkämpften Februartagen half medico unseren ägyptischen Partnern im People's Health Movement mit 10.000 Euro schnellem Bargeld für die Versorgung der Verletzten des besetzten Tahrir-Platzes: Ein mobiles Team aus Ärzten und Krankenschwestern versorgte Verwundete, Kollegen der Stiftung Al Shehab leisteten Rechtsberatung. Noch in Arbeit ist eine Dokumentation des historischen Umbruchs. Doch wie gestaltet sich Zukunft in einer Gesellschaft, die jahrzehntelang Stillstand und Bevormundung erlebte? Im Kairoer Viertel Ezbet Al Haggana setzt sich der medico-Partner Al Shehab für umfassende Entwicklung ein. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat diesen Slum ohne öffent-

liche Planung entstehen lassen, ohne sanitäre, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Al Shehab leistet so einen konkreten Beitrag zur demokratischen Neuentwicklung in Ägypten. Den Bewohnern – Einheimischen wie Migranten – wird geholfen, ihre Interessen gegenüber den lokalen Behörden zu vertreten. Unterstützt durch medico soll in einer Kampagne für das Recht auf angemessene Wohnverhältnisse eine zivilgesellschaftliche Allianz geschmiedet werden, die Kapazitäten von Gemeindeaktivisten stärkt und die Bevölkerung über ihre Rechte informiert. So soll eine Idee einer Stadt entstehen, welche die Interessen der marginalisierten Bevölkerungsschichten berücksichtigt und eine Alternative zu den Plänen der Obrigkeit ist.

Spendenstichwort: Ägypten

Das schöne Leben

Libanon: Zukunftskurse im Palästinenserlager

Die Resonanzen des „arabischen Frühlings“ waren auch im Libanon zu spüren – zumindest unter der palästinensischen Jugend. Bereits vor drei Jahren entstand die Initiative Nashet aus einer Studentengruppe, die mit der verknöcherten Parteipolitik der palästinensischen Linken nichts mehr anfangen konnte. Die

Aktivisten machten den Jugendlichen im Ein El Hilweh Camp, dem größten palästinensischen „Flüchtlingslager“ im Libanon, lieber konkrete Angebote, wie ihr trübsinniger Alltag sich verbessern könnte: ein „Girls-Club“ für Teenies nach der Schule, Schreib- und Videokurse, dazu Ausflüge in die Berge. Seit die ara-

bische Straße vibriert, verstärkt der medico-Partner auch sein Profil in den Diskussionen um die Zukunft der Palästinenser im Libanon: In Gesprächsrunden mit libanesischen Jugendlichen in Saida, geht es auch darum, die „Gettoisierung“ des Camps (und der palästinensischen Lager allgemein) zu überwinden. Am 15. Mai, dem jährlichen Erinnerungstag der Nakba (Flucht und Vertreibung 1948) fuhr auch Nashet mit zwei Bussen an die israelische Grenze. „Als die ersten Jugendlichen sich dem Grenzzaun näherten, begann die libanesischen Armee zu

schießen. Dann eröffneten israelische Soldaten das Feuer. Sie hatten es besonders auf all jene abgesehen, die palästinensische Flaggen trugen. 11 wurden getötet, 120 verletzt.“ Nashet betont, dass der letzte Weg zur Grenze spontan erfolgte und besonders viele Kids unter 18 Jahren teilnahmen. Angesichts der tödlichen Gefahr solcher Fanale, will Nashet jetzt verstärkt mit seinen Angeboten und in Debatten in der Community präsent sein – damit es sich lohnt zu leben.

Spendenstichwort: Libanon

Das Haus der flüchtigen Dinge

El Salvador: Museum für Sprache und Bilder

Carlos Henríquez Consalvi ist ein alter Weggefährte von medico. Bis Mitte der 1990er Jahre leitete er den Guerillasender Radio Venceremos, dann eröffnete er 1999 das Museo de la Palabra y la Imagen (MUPI - Museum von Wort und Bild). Hier werden historische und kulturelle Objekte der revolutionären Kommunikation gesammelt; etwa die komplette Ausstattung und Sendungen von Radio Venceremos, dazu Audio- und Videoproduktionen der verschiedenen Guerillaorganisationen. Täglich wird das Museum von zwei Schulklassen aus dem ganzen Land besucht. Das MUPI veröffentlicht in unregelmäßigen Abständen ein thematisches Magazin zur Interpretation der Geschichte und der soziokulturellen Entwicklung des Landes. Eine kommende Ausgabe zum Thema Migration wird durch medico ermöglicht. Die ökonomisch erzwungene Abwanderung setzt die Migranten nicht nur ungeahnten



Gefahren auf ihrem Weg nach Norden aus, Rückzahlungen aus der Diaspora verändern auch den Alltag und die Lebensräume in den Herkunftsgemeinden. Die Publikation wendet sich speziell an Schulen in jenen Landkreisen, die besonders von der Migration betroffen sind. 2.500 Schüler sollen nicht nur erfahren, was es heißt sich auf den Weg zu machen, sondern auch: wie eine Perspektive zu Hause aussehen könnte.

Spendenstichwort: El Salvador



chile

Zwanghafte Modernis

Eine Reise durch das Mapuche-Gebiet

Der Journalist Gerhard Dilger ist für medico in die Mapuche-Region gereist, in der wir Nothilfemaßnahmen unseres langjährigen Projektpartners CODEPU nach dem großen Erdbeben im Februar 2010 förderten. Aus einer Projektbesichtigung wurde eine Reise in die Tiefen des Konflikts, in dem die Mapuche immer noch um die Realisierung ihrer Grundrechte kämpfen. Sie haben mächtige Gegner. Denn in der Mapuche-Region geht der ungebremste kapitalistische Raubbau an der Natur vor allen Dingen auf ihre Kosten.

Südchile im Sommer. Die unasphaltierte Küstenstraße windet sich durch die hügelige Landschaft. Zur Linken lugt immer wieder der tiefblaue Pazifik hervor, landeinwärts bestimmen großflächige Eukalyptusplantagen und Kiefernwälder das Bild. Dann gerät der Küstenort Tirúa in den Blick. Das Dorf mit seinen einfachen Holzhäusern, 200 Kilometer südlich von Concepción, beherbergt nur ein Viertel der 10.000 Bewohner der Gemeinde. Die meisten von ihnen gehören der mit rund einer Million Mitgliedern bedeutendsten ethnischen Minderheit Chiles an, den Mapuche.

Vor über einem Jahr wurde das Dorf von den Ausläufern des schweren Erdbebens erfasst: Drei Flutwellen dran-

ierung



gen über die Flussmündung herein und schwemmten 35 Holzhäuser weg. Dort stehen bis heute Notunterkünfte. Tote waren keine zu beklagen, doch Dutzende Fischerfamilien verloren ihre Ausrüstung.

Zu ihnen gehört auch Jorge Díaz, der mit Frau und sechs Kindern ein ärmliches Holzhaus direkt an der Landstraße Richtung Concepción bewohnt. „200.000 Pesos (gut 300 Euro) waren meine Netze wert“, klagt der Mann mit dem grauen Schnurrbart, während er

mit seinen Söhnen ein Netz flickt. Seither sei es nur langsam aufwärts gegangen. Doch dann erschütterte Anfang Januar wieder ein Beben die Küste und rückte das 17 Jahre alte Haus mehrere Zentimeter seewärts über die zahlreichen Beton- und Holzpflocke, die nun bedenklich schief im Grund stecken. Gloria Colipi, die rührige Allroundaktivistin der Menschenrechtsgruppe CODEPU, sieht sich das Malheur an.

Die 34-jährige Sozialarbeiterin sorgt dafür, dass beim Bau und der Renovierung von 20 Häusern in Tirúa mit medico-Spendengeldern alles nach Plan läuft. Mit Díaz und seiner Frau geht sie den Kostenvoranschlag durch, der neue Zinkblechverkleidungen, Pflöcke, Holz-

bretter und Türen umfasst – zwei einheimische Zimmerleute werden die Renovierungsarbeiten übernehmen. Noch sind sie allerdings bei der Familie Guanupil im südlichen Teil der Gemeinde tätig.

Statt Araukarien nur Eukalyptus

Der Feldweg zu ihnen führt über sanfte Hügel an stattlichen Landgütern vorbei, an gelb leuchtenden Ginstersträuchern und an Brachland, wo früher einmal dichter Primärwald voller Araukarien stand. Von den Urwaldriesen zeugen nur noch verkohlte, in den Himmel ragende Stammreste. Danach wurde hier Eukalyptus angepflanzt, sagt Gloria, die selbst aus dem nördlichen Teil der Gemeinde stammt, gut 30 Kilometer entfernt.

Das Ehepaar Juan und Lidia del Carmen Guanupil wohnt zusammen mit zwei Töchtern und vier Enkeln auf 18 Quadratmetern, die gerade repariert werden. „Dieses Land gehörte bereits meinen Urgroßeltern“, sagt das 63-jährige Familienoberhaupt Juan. Doch während der Pinochet-Diktatur (1973-90) hatten sich in der Region große Forstkonzerne auf dem Mapucheland eingenistet, die Guanupils wurden in den Ort abgedrängt. 1998 schließlich, als die Indigenen in ganz Südschile wieder selbstbewusster auftraten, besetzten sie ihr Land wieder.

„Nach langem Kampf, haben wir es vom Staat zurückbekommen“, erzählt Juan Guanupil. „Seit letztem Jahr haben wir sogar fließendes Wasser“, sagt er stolz, „früher mussten wir eine halbe Stunde zum nächstgelegenen Brunnen laufen“. Gekocht wird mit Gas, Strom liefert ein Dieselgenerator. Ein Schulbus bringt die Kinder ins Dorf. Die Modernisierung erfasst auch die abgelegensten Landstriche Tirúas, laut Statistik immer

noch eine der ärmsten Kommunen Chiles. Heute baut die Kleinbauernfamilie auf einem Hektar Kartoffeln an, dazu Bohnen, Erbsen und Paprika. Zwei Gänse und ein paar Hühner sausen aus einem kleinen Holzschuppen. Hin und wieder wird ein Eukalyptusbaum vom Rande des Grundstücks an die Forstmultis verkauft, dafür gibt es sogar staatliche Fördergelder. Die Guanupils überleben eher schlecht als recht. So ruhen die Hoffnungen auf Enkeltochter Ismenia, 14. Das schüchterne Mädchen ist eine gute Schülerin, soeben hat sie ein Stipendium für ein katholisches Internat erhalten.

Keine Förderung mehr

NGOs wie medico springen dort ein, wo eigentlich der chilenische Staat gefordert wäre. Unter der rechten Regierung in Santiago geht das Engagement für die Mapuche wieder zurück. Ein Beispiel: Unter Michelle Bachelet gab es in Tirúa ein Programm zur Wiederbelebung der traditionellen Mapuche-Heilkunde. Westlich ausgebildete Ärzte und „machis“, traditionelle Heilerinnen, arbeiteten dabei zusammen. Damit ist es vorbei.

Einer, der die CODEPU-Arbeit diskret unterstützt, ist Adolfo Millabur, 44, ein alter Hase nicht nur der Lokalpolitik. 1996 wurde der zierliche Mann mit dem wachen Blick zum ersten Mapuche-Bürgermeister Chiles gewählt, zwölf Jahre lang führte er die Geschicke der Gemeinde. Er gehört zu einer ganzen Generation der indigenen Politiker, die pragmatisch die Freiräume genutzt haben, die

sich ihnen nach dem Ende des Pinochet-Regimes eröffneten.

Tirúa wurde zu einem Zentrum einer neuen, offenen, als „Bewegung“ konzipierten Mapuche-Organisation für alle indigenen Küstenbewohner, der „Territorialen Lafkenche-Identität“. Durch jahrelange Lobbyarbeit gelang es den Aktivistinnen und Aktivisten, das chilenische



Parlament zur Annahme eines Gesetzes „zum Schutz des Urvölker-Küstenraums“ zu bewegen. Das war 2008, aber bis heute sind keine Ausführungsbestimmungen verabschiedet worden, vor allem die Marine stellt sich quer.

Illusionslos zieht Millabur Zwischenbilanz. Einen Durchbruch für die Mapuche hätten auch die 20 Jahre unter den Christ- und Sozialdemokraten nicht gebracht: „Das Misstrauen sitzt tief, das hat historische Gründe. Hier gibt es die Opposition zwischen ‘Chilenen’ und ‘Mapuche’, ganz anders als etwa in Bolivien, wo sich jeder Indígena selbstverständlich

als Bolivianer fühlt. Hier ist der Krieg, der vor 130 Jahren mit dem Sieg der Chilenen endete, noch nicht ad acta gelegt.“

Im Interesse der Forstkonzerne

Auch für einen Bruch mit der Pinochet-Ära fehle dem Establishment der „politische Wille“, meint er. Bis heute ist die Verfassung aus dem Jahr 1980 in Kraft. Rechte für die indigenen Völker, die sonst überall in Amerika zumindest auf dem Papier stehen, wurden bei diversen Reformen ignoriert. „In den Schulen wird die Sichtweise der chilenischen Führungsschicht verbreitet“, sagt Millabur, „viele Junge glauben heute, die Diktatur war die Schuld der Leute, die zuviel verlangt haben“.

Auch deshalb ist das Menschenrechtsprojekt so wichtig, das Gloria Colipi und das CODEPU-Team in Santiago gerade abschließen: Es wird ebenfalls von medico gefördert. Über mehrere Jahre

hinweg befragte sie Einwohner aus Tirúa, die unter dem Pinochet-Regime politisch verfolgt wurden.

Etwa Osvaldo Millahual, 54, der damals in der Gruppe Admapu aktiv war, mehrmals verhaftet wurde und bis heute politisch aktiv geblieben ist. Besonders bedrückt ihn die „Invasion“ durch die Forstkonzerne: Die Monokulturen ließen die Grundwasserspiegel sinken, es gebe immer weniger medizinische Pflanzen. „Wir leben doch von der Mutter Erde, ohne Erde bin ich nichts“, sagt er.

„Der Staat hält den Forstkonzernen immer noch mit denselben Methoden wie in der Diktaturzeit den Rücken frei“, findet Millahual, „wenn sich die ‘peñis’, die Brüder, erheben, dann kommt die Repression“. Andererseits bestreitet er nicht, dass es in den letzten Jahrzehnten auch Fortschritte gegeben hat: „Die Wege sind besser geworden, auch die Häuser, es gibt keine Rattenlöcher mehr.“





Wikileaks enthüllt Diffamierung

In den letzten 15 Jahren ist der Widerstand gegen den Raubbau militanter geworden, radikale Mapuche der „Coordinadora Arauco Malleco“ (CAM) haben wiederholt Lastwagen der Forstkonzerne in Brand gesteckt. Der Staat schlägt mit einem Antiterrorgesetz Pinochets zurück, das mittlerweile noch verfeinert wurde. Und Wikileaks-Depeschen zeigen, dass Bachelets Innenminister die USA darum bat, eine Verbindung zwischen den Mapuche und der kolumbianischen FARC-Guerilla zu konstruieren. Obwohl der US-Botschafter die Lage ganz nüchtern beurteilte, hielt sich die Version über die angebliche Terrorismus-Connection hartnäckig in den Medien.

Millahual wohnt im Norden der Gemeinde, ganz in der Nähe des Lleuleu-Sees. Auf einem Garagentor in der

Nähe wird der „bewaffnete Kampf“ gegen eine geplante Eisen- und Magnetitmine proklamiert. „Die Minenkonzessionen, die schon seit Jahren im Gespräch sind, bedrohen und spalten uns“, sagt der erfahrene Aktivist, „es wird Auseinandersetzungen geben“.

Auf dem Spiel steht der 40 Quadratkilometer große See, der durch das Bergbauprojekt auf der gegenüberliegenden Seite des Ufers verseucht würde. Schon jetzt ziehen sich dort riesige Kiefernplantagen über den Hang. Dennoch, der See selbst ist nahezu unberührt: Vor Jahren haben die Einheimischen ein Lachszuchtprojekt verhindert. Stattdessen setzen sie auf nachhaltigen Tourismus.

In dieser Idylle wohnt Gloria Colipi. Auch wenn ihr die Aktivitäten der CAM-Leute nicht geheuer sind, solidarierte sie sich letztes Jahr mit dem monatelangen Hungerstreik politischer Häft-

linge und beteiligte sich an einem Protestmarsch in die Provinzhauptstadt Temuco. „Am Ortseingang wurden 32 von uns verhaftet, acht Stunden lang auf einer Polizeiwache festgehalten, sie haben uns beschimpft, bedroht, sie wollten uns einschüchtern“, erinnert sie sich. Dass ihr Handy abgehört wird, kann sie sich gut vorstellen. In ihrem Engagement für CODEPU bestärkt sie das eher noch: Das Oral-History-Projekt soll nun auf die Zeit vor und nach der Diktatur ausgeweitet werden.

Zwanghafte Modernisierung

Viele weiße Chilenen verstehen nicht, dass sich die Indígenas nicht mit Verbesserungen ihres Lebensstandards zufriedengeben wollen, oder mit den Landrückgaben, die durchaus weitergehen. Der Mapuchekenner José Bengoa stellt den Konflikt seit den 1990ern in den Kontext einer „zwanghaften Modernisierung“. Es wachse der Wohlstand, aber eben auch die Ungleichheit. „Praktisch alle traditionellen Formen des Zusammenlebens“ in Chile würden dabei zerstört, ein tiefes Unbehagen sei die Folge.

Zugleich bewegen sich die Jüngeren wie selbstverständlich zwischen Stadt und Land hin und her, zwei Drittel der Mapuche wohnen in den Städten. Und je höher das Bildungsniveau, desto mehr Anziehungskraft entfaltet der ethnisch inspirierte, aber sehr moderne Entkolonialisierungsdiskurs, den die akademisch ausgebildete Führungsschicht der Mapuche entwickelt hat.

Mit Geld allein sei dieser komplexe Konflikt, die „Spirale der Verständnislosigkeit und der Gewalt“ sicher nicht zu lösen, mahnt Bengoa. Vom Staat fordert er statt der juristischen eine politische Auseinandersetzung. Doch der geht den Mapuche nur millimeterweise entgegen: So wurden 17 Angeklagte, die wegen einer angeblichen Attacke auf einen Staatsanwalt in Tirúa fast zwei Jahre in Untersuchungshaft saßen, jetzt allesamt vom Terrorismusvorwurf freigesprochen, vier Führungsmitglieder der CAM sollen allerdings nach einem dubiosen Prozess zu Haftstrafen verurteilt werden.

„Es wäre schön, wenn wir uns nicht immer nur verteidigen müssten, gegen die Justiz, die Regierung, die Forstkonzerne, den Bergbau“, sagt Adolfo Millabur. „Wir müssten wieder in die Offensive kommen, zum Beispiel in der Debatte um eine neue Verfassung, die jetzt langsam beginnt.“ Wie soll das gehen, wo doch die Mapuche alles andere als einig sind? Millabur bleibt optimistisch: „Uneins sind wir manchmal über die Methoden, aber die Geschichte mit dem Hungerstreik hat uns auch zusammenrücken und den Konflikt sichtbar werden lassen.“ ■

Gerhard Dilger

Projektstichwort

Seit Mitte der 1980er Jahre unterstützt medico kontinuierlich die Arbeit der chilenischen Menschenrechtsorganisation CODEPU. Neben ihrem Einsatz für die juristische, gesellschaftliche und psychosoziale Aufarbeitung der Diktaturverbrechen hat CODEPU die Verteidigung von Minderheitenrechten immer als Arbeitsschwerpunkt gesehen. Daraus entstanden ist eine langjährige Arbeit mit den Mapuche. Daran haben die Nothilfemaßnahmen nach dem Erdbeben im Februar 2010, die von medico gefördert wurden, angeknüpft. Diese Arbeiten können Sie unterstützen unter dem Stichwort: **Chile**.

„Im Scheitern lag ein Anfang“

Warum der Fußballspieler Romeo Boukar aus Kamerun eine Initiative für abgeschobene Migranten in Mali gründete.



Auch wenn Migranten zumeist mit nicht mehr als sich selbst unterwegs sind, tragen sie doch eine ganze Welt in sich, die sich nicht nur aus der Erfahrung erlittener Ungerechtigkeit und Ausgrenzung zusammensetzt, sondern zugleich ihre Kämpfe um Anerkennung, Lebenssicherheit und Glück umfasst. Ein Interview mit Romeo Boukar, der nach seiner Abschiebung die Selbsthilfeorganisation ARARCEM (Association des Refoulés d'Afrique Centrale au Mali) in Bamako (Mali) gegründet hat.

Ein großes Problem der Migranten ist, dass sie oft im Transit stecken bleiben oder direkt abgewiesen werden und dies dann als individuelle, persönliche Schuld wahrnehmen. Kannst du ein Beispiel nennen?

Boukar: Diese Erfahrungen habe ich als Migrant selbst gemacht. Als ich vor fünf Jahren nach Mali kam war ich lustlos und hatte keinerlei Perspektive. Meine Versuche, nach Europa zu migrieren, waren gescheitert und ich

suchte den Grund für die verweigerter Migration





Verlassenes Land: Gewalt und anhaltende Lebensunsicherheit zwingen die Menschen zur Flucht.
Foto: Max Hirzel

Das kann ich bestätigen. Ich selbst wurde schon sechs Mal von der Polizei aufgehalten. Grundproblem ist aber vor allem die latente Fremdenfeindlichkeit. Immer, wenn sich an einem Ort mehrere Ausländer/innen versammeln, macht sich unter der einheimischen Bevölkerung Angst breit und die Polizei wird gerufen. Das liegt aber auch an den mangelnden Integrationsbemühungen gegenüber den Migranten.

Kannst du dir erklären, weshalb die Polizei so häufig und rabiat gegen Migranten vorgeht?

Gerade in letzter Zeit hat die Zahl der Migranten vor allem in den Städten sehr schnell und sehr stark zugenommen. Da werden bestehende Vorurteile und Ängste schnell größer und die Migranten noch stärker ausgegrenzt. Dann ist es einfacher, sie hinter Gitter zu bringen als sie zu integrieren, zumal sich die Polizist/innen durch Bestechungsgelder ein Zubrot verdienen können.

Welche Erfahrungen hast du selbst als Migrant gemacht bis du in Mali gelandet bist und die ARACEM gegründet hast?

Nachdem mein Vater ein Jahr zuvor gestorben war, habe ich 2004 die Schule aufgegeben und Kamerun mit meinem Bruder verlassen. Als professioneller Fußballer habe ich dann zunächst bei einem Erstligaverein in Benin gespielt. Über ein kurzes Engagement bei einer Fußballmannschaft in Niger kamen mein Bruder und ich schließlich nach Algerien. Dort ist uns dann die Idee gekommen,

bei mir selbst. Erst durch die Arbeit mit ARACEM konnte ich meine Probleme in etwas Positives umwandeln. Dabei stellte ich fest, dass es nicht die einzelnen Europäer sind, die uns die Einreise verweigern, sondern die europäische Politik. In Zusammenarbeit mit europäischen Partner/innen versuchen wir bei ARACEM den anderen Migranten zu erklären, dass es nicht ihre eigene Schuld ist, die zum Scheitern ihrer Migrationsversuche führt, sondern die der europäischen Migrationspolitik.

Die Polizei soll gerade in jüngster Zeit massiv gegen Migranten vorgehen, auch in Mali.



nach Europa auszuwandern. Deshalb sind wir nach Marokko gefahren und haben dort 2005 mit vielen anderen Migranten versucht, die spanische Exklave Melilla zu stürmen. Von den Verletzungen, die ich mir bei dieser Aktion an den

Stahlzäunen zuzog, sind heute noch immer die Narben an Armen und Beinen zu sehen. Nach zwei Monaten im Gefängnis wurden mein Bruder Patrice und ich schließlich aus Marokko nach Mali abgeschoben und mit ein- bis zweitausend

Bewegungen der Migration sind der menschliche Preis einer kapitalistischen Globalisierung, die sich allein für die Ressourcen Afrikas interessiert. Foto: Max Hirzel

send anderen Migranten an der Grenze ausgesetzt. Zu Fuß sind wir in kleinen Gruppen ins 265 Kilometer entfernte Kita gelaufen und von dort mit Lastwagen nach Gao gefahren. Von den 30 Personen unserer Gruppe, sind am Ende nur 17 angekommen. Die anderen haben wir entweder verloren oder sind gestorben.

Was geschah dann nach deiner Ankunft in Gao?

In Gao angekommen, wurden wir alle von der Polizei registriert. Unsere Namen wurden auf Zettel geschrieben, mit einem Stempel versehen und für jeden kopiert. Mit diesen Behelfsausweisen sind wir weiter nach Bamako, wo wir, nach knapp zwei Monaten auf der Straße, ein verlassenes Haus gefunden haben, das sich bereits andere Migranten als Unterkunft genommen hatten. Auf einem Forum, das zum Gedenken der toten Migranten abgehalten wurde, habe ich viele Europäer getroffen, die mir empfahlen, eine Organisation zu gründen, die die Interessen der Migranten gebündelt vertritt. Zusammen mit Patrice habe ich schließlich 2006 ARACEM gegründet, die nach einigen formalen Querelen 2007 auch vom Staat als legale Organisation anerkannt wurde. Damals war ich 17. Seitdem widmen wir uns den Problemen von Migranten in und um Bamako. Das heißt, wir sorgen für Unterkunft, Ernährung und medizinische Versorgung. Nach sieben Monaten hatten wir bereits 1.300 Migranten betreut. Wir haben einen Ort geschaffen, an dem die Menschen aufgefangen werden können. ■

Das Interview führte Martin Glasenapp während des Weltsozialforums 2011 in Dakar, Senegal.



FLUCHTURSACHE REICHTUM

Migration und Rohstoffhandel in Afrika

Informativ & kostenlos: die neue medico-Broschüre (44 S.). Gold, Diamanten, Baumwolle und Fischbestände: In den Ländern Mali, Sierra Leone und der Westsahara zeigt sich,

dass gerade der Reichtum an Rohstoffen die Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas und nach Europa hervorruft. Bestellung siehe Materialliste (S. 40).

Projektstichwort

Die Selbsthilfegruppe ARACEM kümmert sich in Bamako, der Hauptstadt Malis, um die zahlreichen Migranten aus den zentralafrikanischen Ländern, die oftmals auf dem Weg nach Nordafrika und dem Mittelmeer den Transitraum Mali durchqueren, oder die aus Europa abgeschoben wurden. Der Flughafen Bamako ist das Drehkreuz für fast alle, die aus dem frankophonen Europa nach Westafrika abgeschoben werden. Erschwerend für diese Unglücklichen kommt hinzu, dass nur wenige zentralafrikanische Länder (Kamerun, beide Kongos, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Gabun) in Bamako eine Botschaft unterhalten. Wer also mittellos nach Mali abgeschoben wurde, ist auf die Solidarität anderer angewiesen. Die ARACAM gründete sich auch in Reaktion auf die Geschehnisse in Ceuta und Melilla im Jahr 2006, wo bei einer Massenflucht nach Europa Hunderte Menschen verletzt wurden und Dutzende ums Leben kamen. Seitdem betreibt die ARACEM ihr Haus der Solidarität, in dem Migranten mit Lebensmitteln und dringend benötigten Medikamenten versorgt werden. Aktuell ist angesichts des Krieges in Libyen der Bedarf besonders hoch, mussten doch viele Migranten aus Zentralafrika fliehen und sitzen nun erneut in Bamako fest. medico unterstützt die ARACEM seit 2009 mit einem jährlichen Zuschuss zum Gesamtbudget – damit unser Partner ohne bürokratischen Aufwand da handeln kann, wo die Hilfe schnell gebraucht wird. Das Stichwort lautet: **Migration.**



nicaragua

Wenigstens das Recht auf eine

Eine ehemalige Zuckerrohrarbeiterin berichtet von den geschädlichen Folgen des Bioethanol-Booms für die Menschen

Die Katastrophe um Fukushima hat einer breiten Öffentlichkeit nicht nur die Gefahr der Kernkraft, sondern auch die dahinter liegende Wahrheit schmerzhaft bewusst gemacht: Die Grenzen des Wachstums und damit auch die Grenzen unseres Lebens- und vor allen Dingen Mobilitätsmodells sind erreicht. In Fukushima fühlen wir uns selbst betroffen. Auch in Deutschland könnte ein AKW-Unglück unsere Gesundheit bedrohen. Aber öffnet diese Erkenntnis auch unsere Empathiefähigkeit für die Menschen, die schon lange andernorts mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit für den ungebremsten Energiehunger bezahlen?

Carmen Rios Urbina, eine nicaraguanische Zuckerrohrarbeiterin, reiste gemeinsam mit dem nicaraguanischen Journalistikstudenten Camilo Navas Co-

rea durch Deutschland und kann eine solche dramatische Geschichte erzählen. Und – selten genug – im Gespräch mit den beiden entsteht eine kurz aufblitzende Erkenntnis, wie klein die Welt geworden ist. An der Geschichte von Carmen wird deutlich, mit welcher Wucht ökonomische und sogar vermeintlich ökologische Entscheidungen, die in Europa getroffen werden, fragile Gesellschaften wie die nicaraguanische extrem verändern und bedrohliche Folgen für die Menschen haben. Ein Beispiel ist die großflächige und mit enormer Geschwindigkeit vorangetriebene Monokultur von Zuckerrohr. Die nicaraguanische Firma Pellas, auch Produzent des berühmten Schnapses Flor de Caña, baut als erstes mittelamerikanisches Unternehmen seit 2007 den Zuckerrohr nicht nur für die Rumproduktion,



n Sarg undheits- in Nicaragua

sondern zur Herstellung von Bioethanol an. Pellas exportiert in die USA und nach Europa.

Gesundheitsschäden durch Pestizide

Am 31. März 2011 waren die beiden nicaraguanischen Aktivisten auf einer gemeinsamen Veranstaltung von medico international, der Städtefreundschaft Granada – Frankfurt, dem Klimabündnis und Attac in Frankfurt. Im Haus am Dom,

einer katholischen Bildungsstätte, mit Blick auf die hell erleuchteten Türme der großen Banken, berichtete Carmen Rios davon, wie der Zuckerrohranbau systematisch die Gesundheit der Arbeiter und der Bewohner der Anbauregionen zerstört. Chronische Niereninsuffizienz heißt die Krankheit, die zwischen 2005 und 2011 5.341 Tote unter den Zuckerrohrarbeitern der Bezirke von León und Chinandega gefordert hat.

Für die „Nicaraguanische Vereinigung der an Niereninsuffizienz Erkrankten“, deren Vorsitzende Carmen Rios ist, liegen die Ursachen auf der Hand. Der massive Pestizideinsatz auf den riesigen Zuckerrohrplantagen unter anderem der nicaraguanischen Firma Pellas sei die Ursache für die um ein Vielfaches höher liegende Prävalenz der Krankheit in diesen

Regionen. Die nicaraguanische Selbsthilfvereinigung von Carmen Rios gegründeten Zuckerrohrarbeiter, die bei Pellas angestellt waren und sofort entlassen wurden, als bei ihnen die Krankheitssymptome auftraten. Seit Jahren kämpfen die Entlassenen und ihre Familien mit vielen Protestmärschen und der Einrichtung von Dauercamps in der Hauptstadt Managua um die Anerkennung der Niereninsuffizienz als Berufskrankheit. Dazu hat das nicaraguanische Parlament mittlerweile ein Gesetz erlassen und die entlassenen Arbeiter, die noch leben, erhalten eine Berufsunfähigkeitsrente durch das öffentliche Sozialsystem (zwischen 50 und 120 Dollar, alles noch unter der Armutsgrenze). Pellas hingegen ist nach wie vor nicht bereit anzuerkennen, dass die Krankheit durch den Pestizideinsatz hervorgerufen wird. Die Firma zahlte einigen protestierenden Arbeitern eine einmalige Entschädigung, allerdings ohne die Tatsache der Verantwortung anzuerkennen. Die Bewegung sollte ruhig gestellt werden.

Das ist aber nur teilweise gelungen. Mittlerweile campieren Betroffene wieder in Managua, um ihren Forderungen nach Entschädigung durch das Unternehmen Gehör zu verschaffen. „Wir kämpfen“, so Carmen Rios, „um Medikamente, Entschädigung und das Recht auf einen Sarg.“ Carmen Rios weiß, wovon sie spricht. Sie selbst leidet an der Krankheit und lebt mit der bitteren Erkenntnis, dass ihre Lebenszeit deshalb begrenzt ist. „Ich hinterlasse sechs Kinder“, sagt die Mittvierzigerin.

Moderne Sklavenarbeit

Der Journalistikstudent Camilo Navas unterstützt mit seiner Gruppe „Boykottiert Pellas!“ die Arbeit der Betroffenen. Diese Gruppe junger nicaraguanischer Studen-



Camilo Navas und Carmen Rios: Infotour in Deutschland. Foto: Schneider

ten hat mit den Zuckerrohrarbeitern auch eine Realität ihres Landes kennen gelernt, die von Managua fast so weit weg ist wie von Frankfurt aus betrachtet. Interessanterweise haben die jungen Studenten den kämpfenden Landarbeitern, die häufig Analphabeten sind, nicht nur ihre Internetkenntnisse zur Verfügung gestellt, sondern auch das Thema über die direkte Betroffenheit hinaus recherchiert. Sie stellen die Verbindung zum Agrotreibstoff her, sind informiert über die US-amerikanische und europäische Politik. Sie haben recherchiert, dass die gesamte Region durch Verschmutzung des Trinkwassers betroffen ist, und haben enthüllt, dass die Firma Pellas lügt, wenn sie behauptet, sie würde nur noch saubere Zuckerrohrplantagen betreiben. Camilo zeigte in Frankfurt Fotos von Arbeitern, die in dem Wasser baden, in dem sie gleichzeitig die Pestizidkanister reinigen. Schutzkleidung für die Arbeiter gibt es nicht. Weder beim Mischen der Pestizide noch beim Aussprühen. Die Firma Pellas wäscht ihre Hände in U n s c h u l d . Denn auch in Nicaragua entledigt man sich höherer

Löhne und der Beachtung der Gesetze durch die Einschaltung von Leiharbeitsfirmen. Camilo berichtet, dass Pellas seine Zuckerrohrproduktion für den Bioethanol mittlerweile im großen Stil im Nachbarland Honduras ausbaut. Das Land ist noch ärmer als Nicaragua. Umso schutzloser sind die Landarbeiter den unerträglichen Arbeitsbedingungen ausgeliefert, weil es zur Arbeit auf den Plantagen keine Alternative gibt. Die Produktion von Bioethanol frisst nicht nur die Landflächen, auf denen Lebensmittel angebaut werden können, sie schafft auch wieder die Bedingungen für sklavereiähnliche Arbeitsverhältnisse.

Bei der Veranstaltung im Haus am Dom saßen viele, die sich noch mit Freude an die Zeiten großer Nicaragua-Solidarität erinnern. Damals ging politische Solidarität häufig einher mit der Hoffnung, die Nicaraguaner könnten uns zeigen, wie ein anderes besseres Leben zu gestalten wäre. Heute dagegen gibt es keine dauerhafte Hoffnung für die Zuckerrohrarbeiter und all die anderen, denen im großen Stil Land und die Gesundheit geraubt wird, wenn es nicht gelingt, den Energiehunger und die Wachstumsideologie bei uns zu stoppen. ■

Katja Maurer

Projektstichwort

Auch medico-Projekte in Nicaragua sind direkt von den beschriebenen gesundheitsschädlichen Folgen des Zuckerrohranbaus betroffen, weil sie sich ebenfalls in den betroffenen Provinzen León und Chinandega befinden. Nicht nur der ökonomische Druck auf die Landflächen macht unserem integrierten Ansiedlungsprojekt in La Palmerita zu schaffen. Auch die Trinkwasser-Verschmutzung betrifft La Palmerita massiv. Das medico-Büro in Managua steht in kontinuierlichem Kontakt mit den an Niereninsuffizienz Erkrankten. Derzeit wird an einem gemeinsamen Projekt zu Gesundheitsauswirkungen der Zuckerrohrplantagen gearbeitet. Das Projektstichwort für Spenden lautet: **Nicaragua.**

Hotspot Landfrage

Dieter Müller, medico-Repräsentant für Mittelamerika, über die Rückkehr der Großplantagen-Wirtschaft

Welche Auswirkungen hat der Energiehunger der privilegierten Länder auf Mittelamerika?

Dieter Müller: Der Druck auf die Agrarflächen ist enorm gestiegen. Kleinere und mittlere Bauern werden verdrängt. Dabei sind Aufkaufangebote durchaus auch mit Druck verbunden. In Guatemala wird immer wieder erzählt, dass Aufkäufer un-verhohlen drohen: „Entweder du wirst mit uns handeleinig oder wir mit deiner Witwe.“ Auch in den von medico geförderten ländlichen Projekten in Palmerita und El Tanque tauchen immer wieder Landkäufer auf.

Gibt es eine Renaissance der Großplantagenwirtschaft?

Eindeutig. Im Zuckerrohr sieht man es am deutlichsten. Bis vor wenigen Jahren gingen die Anbauflächen zurück. Heute werden die Flächen für den Zuckerrohranbau massiv ausgeweitet. Außerdem vollzieht sich eine Transnationalisierung und eine erhebliche Konzentration der lokalen Zuckerrohrunternehmen. Einige wenige Konglomerate beherrschen den Zuckerrohrmarkt in Mittelamerika. u.a. die nicaraguanische Unternehmensgruppe Pellas oder die guatemalteckische Pantaleon-Gruppe.

United Fruit kehrt nicht zurück?

Im Bereich des Zuckerrohrs nicht. Bei der Ölpalme, ebenso ein Wachstums-

markt des Agrobusiness, sind das große ausländische Konzerne aus den USA, Kanada oder Frankreich, die sich allerdings lokale Tochtergesellschaft aufbauen.

Die Agroindustrie ist weltmarktfähig. Gelingt es wenigstens über Steuern eine gewisse Umverteilung?

Da sind die mittelamerikanischen Länder nach wie vor Bananenrepubliken. Die großen Unternehmen zahlen fast keine Steuern. Aber sie werben wie Pellas mit ihren sozialen Projekten. Sie finanzieren unter anderem Schulen oder Gesundheitsstationen. Auch werden finanzielle Anreize genutzt, um einzelne Repräsentanten der lokalen Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Das schadet dem Widerstand, der sich an vielen Orten gegen diese Landnahme regt.

Ist der Kampf ums Land also eines der zentralen Felder sozialer Auseinandersetzungen?

Hinter der Landfrage verbirgt sich die soziale Frage, und diesbezüglich hat es in den letzten Jahrzehnten keine wirklich grundlegenden Veränderungen gegeben. Die in die Armut gedrängten Menschen in Mittelamerika haben keine Perspektive, weder auf dem Land noch in der Stadt. Es bleibt oft als einziger Ausweg die Migration. ■

Kein Ort mehr für Grenzgänger

Das Freedom Theatre Jenin nach dem Mord an seinem Direktor

In einem Land der vielen sichtbaren und unsichtbaren Grenzen war Juliano Mer Khamis eine zutiefst irritierende Erscheinung. Israeli und Palästinenser zugleich, trug er die Grenze in sich. Er ließ sich nicht in das eine oder andere Lager zwängen, sondern zog es vor, auf der Mauer zu sitzen. Ein ungeschützter Ort. Vor seinem Freedom Theatre im Flüchtlingslager Jenin wurde er am 4. April ermordet.

Das Erbe der Mutter

Nach Jenin im besetzten Westjordanland kam er in den Fußstapfen seiner Mutter, Arna Mer. 1987 gründete die überzeugte Kommunistin im Flüchtlingslager ein Kindertheater. Es war nicht leicht für diese ungewöhnliche Frau, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, denn bis dahin hatten Israelis das Lager nur als Soldaten betreten. Juliano begleitete seine Mutter immer wieder mit der Kamera. Arna starb 1994, und mit ihr das Theater. Während der Zweiten Intifada erkannte Juliano einige der Kinder von damals in den Nachrichten wieder. Er machte den Film „Arnas Kinder“. Ein bewegendes Porträt seiner Mutter und ihres Lebenswerks. Zugleich dokumentiert er Leben und Tod einiger Jugendlicher, die in Arnas Theater mitgewirkt hatten. Aus den lachenden Heranwachsenden waren hartgesottene Kämpfer geworden, die auch vor Attentaten auf Zivilisten nicht zurückschreckten.



Der Verlust und die Ausweglosigkeit, die „Arnas Kinder“ dokumentiert, hinderten Mer Khamis nicht daran, in die Fußstapfen seiner Mutter zu treten. Das 2006 neugegründete Freedom Theatre war ein geschützter Raum, in dem junge Menschen ihre im Alltag erlebten Erfahrungen von Gewalt und Ohnmacht aufarbeiten konnten. Das so gewonnene Selbstwertgefühl ließ tradierte Hierarchien und reaktionäre Denkmuster hinterfragen. Auf der Bühne konnten die Jugendlichen sprechen, gehört und gewürdigt werden. Es wurde die erste palästinensische Schauspielschule eröffnet, und ihre Produktionen – orchestriert von Mer Khamis, der sich zu einem formidablen Regisseur entwickelte – gehörten zum Besten, was

das palästinensische Theater zu bieten hatte.

Im Licht der Theaterscheinwerfer wurde ein Zweifrontenkampf geführt: gegen die Besatzung, die Jenins Bewohner zu Gefangenen macht; und gegen die infolge von Isolation und Besatzung erstarkenden Denk- und Erklärungsmuster reaktionärer Provenienz. Diese doppelte Auseinandersetzung fand ihren Höhepunkt in der skandalumwitterten Inszenierung von George Orwells Parabel „Farm der Tiere“, in der junge Palästinenser durch Besatzung (die Menschen) und eigene Obrigkeit (die Schweine) um ihre Lebenschancen gebracht werden.

Im Freedom Theatre herrschte eine ungewöhnliche Atmosphäre; es war eine Mischung aus alternativem Kunstbetrieb, in dem Menschen aus aller

Welt durcheinanderwirbeln, und suburbane Jugendzentrum, zudem ein Hort palästinensischer Gastfreundschaft. Das kam nicht bei allen gut an, obwohl Zakaria Zubeidi, Jenins Held der zweiten Intifada, und andere lokale Akteure ans Theater angebunden waren und sich bemühten, dessen Akzeptanz bei der Bevölkerung zu verbessern. In den letzten zwei Jahren erlebte das Theater bereits zwei Brandanschläge.

Unsichere Zukunft

Und dann wurde Juliano Mer Khamis erschossen. Zur Gedenkfeier im israelischen Haifa kamen zweitausend Menschen, die Creme der israelischen Kultur-

szenen und des Friedenslagers, Juden und Araber. Der Schock stand vielen ins Gesicht geschrieben. Der palästinensische Premierminister Salam Fayyad, die Fatah, die Hamas verurteilten den Mord. Doch an der Gedenkfeier in Jenin beteiligten sich nur wenige. Zurück bleibt der Eindruck, dass Jenin heute ein anderer Ort ist – finsterner als vor über 15 Jahren, als der Tod Arnas die Menschen in „ihrem“ Jenin zutiefst berührte. Kann das Freiheitstheater überleben? Abgesehen von der Unmöglichkeit, den Mentor, das künstlerische Gravitationszentrum dieser Institution zu ersetzen, hängt nun ein Damoklesschwert über Jenin: Der kaltblütige Mord und die zaghafte Reaktion vor Ort offenbaren, wie explosiv die Situation geworden ist. Beeinflusst von jahrzehntelanger islamistischer Propaganda aus Saudi-Arabien, scheinen Teile der palästinensischen Bevölkerung in einen Strudel selbstzerstörerischer Gewalt abzudriften.

Es ist keine gute Zeit für Grenzgänger. Doch Julianos Weggefährten wollen das Wagnis fortsetzen. Der Mord soll nicht der Schlusspunkt des Freiheitstheaters sein. ■

Tsafir Cohen

Projektstichwort

Die Weggefährten von Juliano Mer Khamis hoffen auch nach seiner Ermordung auf die Ausstrahlungskraft des Theaters. Ihr nächstes Projekt ist das *Playback Theatre*. Ein interaktives Theatererlebnis in Jenin und Umgebung, in dem das Publikum eigene Geschichten erzählt, die dann von Schauspielern und Musikern improvisatorisch inszeniert werden. Eine kraftvolle Art, gemeinsamen Kampf und Widerstandskraft zur Sprache zu bringen. Unterstützen Sie das Freiheitstheater in Jenin. Das Stichwort lautet: **Israel-Palästina**.



Renaissance der Polis

medico-Stiftungssymposium zu Demokratie und Öffentlichkeit

Eine neue Erzählung verbreitet sich wie ein Lauffeuer in der globalisierten Welt. Eine Erzählung von Selbstermächtigung, von der Möglichkeit jedes und jeder Einzelnen politisch einzugreifen und von der Fähigkeit zu sozialem und demokratischem Miteinander. Ob in Stuttgart, Kairo, Madrid oder Athen, plötzlich und unerwartet taucht eine Bewegung auf, die drei Paradigmen der neoliberalen Globalisierung von Grund auf in Zweifel

riges Symposium der stiftung medico international beschäftigte sich unter dem Titel „Rückeroberung des öffentlichen Raums? Der Souverän meldet sich zurück“ am 13. Mai mit diesen revolutionär anmutenden Demokratiebewegungen, die bei allen unterschiedlichen politischen und ökonomischen Kontexten auf ganz neue Weise politische und soziale Teilhabe einfordern.

Das 6. Stiftungssymposium war wie immer ein Ort der Reflexion und Debatte, an dem mehr Fragen gestellt als Antworten gegeben wurden. Zum ersten Mal aber debattierten Referentinnen und Referenten, Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht über die negativen Phänomene und Auswirkungen des Neoliberalismus, sondern über gemeinsame Handlungshorizonte, die sich aus der Globalisierung ergeben. Das war

zieht: Geld und Gier sei das einzige wirklich innovative Handlungsmotiv, es gebe keine Alternative zur herrschenden Ordnung und es existiere keine Gesellschaft – und also keine Solidarität. Das diesjäh-

ein ganz neues Gefühl. Und niemand hätte sich zu diesem Zeitpunkt vorstellen können, dass wenig später von den „Indignados“, den „Empörten“, viele Plätze in Spanien wochenlang besetzt gehalten



würden. Oder dass sich in Griechenland ganz neue Protestkulturen entwickeln würden, über die der griechische Politologe Seraphim Seferiades in der tageszeitung kürzlich sagte: „Was wir in letzter Zeit erleben, ist völlig neu. Die Leute waren es leid, auf Demonstrationen zu gehen und aus einer Position der Schwäche die immer gleiche Forderung an die Macht zu adressieren.“ Nun fühle sich die Polis als aktiver Träger aufgerufen, die politische Gestaltung selbst in die Hand zu nehmen. Hunderttausende Menschen halten öffentliche Plätze besetzt und führen kollektive Debatten, die in gemeinsamen Resolutionen münden. Da ist es wieder – das Tahrir-Platz-Phänomen. Auch in Griechenland nennen sie sich übrigens frei nach Stéphane Hessel's Bestseller *Empört Euch* „empörte Bürger“.

Auf dem Stiftungssymposium beschrieb Professor Alexander Demirovic diese Protestkulturen als „Demokratisierung der Demokratie“. Seine Analyse des unerträglichen politischen Stillstands, den die bundesrepublikanische Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten erlebte, weil die Bürger zwar „mitgenommen, aber nicht ernst genommen“ würden, stieß auf rege Zustimmung. Die Nutzung der Demokratie durch die Politik, so Demirovic, habe autoritäre Züge. Private Stiftungen würden unter dem Stichwort „effizientere Entscheidungsstrukturen“ staatsstreichartige Formen von Politik predigen.

Diesem Denken hat die Protestbewegung von Stuttgart 21 einen herben Schlag versetzt. Hannes Rockenbach, seit vielen Jahren an der Protestbewegung gegen Stuttgart 21 beteiligt, beschrieb dabei, dass das alles (wie auch in Nordafrika) so plötzlich nicht gekommen ist, wie es der medialen Öffentlichkeit erscheint. „Aus den Medien“, so Rockenbach, „kann man die Entstehung dieser

Vernunft und Zorn

Georg Schramm für medico

„Die Vernunft kann sich mit größerer Wucht dem Bösen entgegenstellen, wenn der Zorn ihr dienstbar zur Hand geht“, dieses Zitat von Papst Gregor ist einer von Georg Schramms Lieblingssätzen in seinem Programm „Meister Yodas Ende“, das er am Abend des Stiftungssymposiums in Frankfurt aufführte. 17.810 Euro kamen bei der Benefiz-Vorstellung für medico zusammen. Dank seiner ungebremst zornigen Figur Lothar Dombrowski kann Schramm, der nebenbei noch im Kuratorium der medico-Stiftung sitzt, seiner Empörung freien Lauf lassen.

Das tat er nicht zuletzt bei der Preisverleihung des Kleinkunstpreises Baden-Württemberg. Die CDU-Notablen, noch vor ihrer Abwahl, im Publikum quitierten Dombrowskis Äußerungen mit Buhrufen, während das Publikum auf den hinteren Bänken johlte. Schramm ließ unter anderem verlauten, dass es wohl nach dem Regierungswechsel weitere teure „Endlager für abgebrannte Politiker“ geben werde: „Sie werden wohl demnächst bei der DLRG Reden halten müssen“, bekam Staatsminister Rau zu hören. „Eine Landesregierung, die nicht in der Lage ist, einen Pflasterstein von einer Kastanie zu unterscheiden, hat nichts anderes verdient, als in den Orkus der Bedeutungslosigkeit gestoßen zu werden.“ Der Forderung einiger CDU-Politiker nach Rückgabe des Preisgeldes gab Schramm nicht nach. Das hatte er bereits medico für die Unterstützung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt.

Bürgerbewegung nicht verstehen.“ Bereits 2007 habe es große Demonstrationen gegen die Bahnhofspläne gegeben. Die Medien hätten nie darüber berichtet. Drei Jahre lang habe sich eine eigene Öffentlichkeit unbeachtet von den Medien entwickelt. In Stuttgart, so scheint es, hat man die Ohnmacht der Nische längst verlas-

sen. In vollem Selbstbewusstsein der eigenen Stärke, erklärte Rockenbauch in Frankfurt, stellen sich die protestierenden Stuttgarter schon lange nicht mehr die Frage, ob die großen Medien anwesend seien. Das mag auch damit zu tun haben, dass sich diese Bewegung über viele Jahre gegen ein mächtiges Meinungskartell in den wichtigen lokalen Medien zur Wehr setzen musste. Die Gründe für das

Entstehen des Protests in Stuttgart sah Rockenbauch in zwei Momenten. Der Bahnstabsneubau sei als ein Angriff auf die Heimat empfunden worden, hinter dem sich eine lange Geschichte von Enteignungen des Sozialen verberge. Und auch hier wieder das Demokratiethema: Die alte Arbeitsteilung „Ihr regiert, wir lassen uns regieren“ sei von den Stuttgartern aufgekündigt worden.



Demokratisierung der Demokratie

Alex Demirovic zum Stillstand der Politik

Die Tatsache, dass wir einmal alle vier Jahre wählen gehen dürfen, ist kein ausreichendes Merkmal für Demokratie. Das ist Konsens bis hinein in den politischen Mainstream. Aber gleichzeitig strebt man wie in Hessen die Ausdehnung der Legislaturperioden auf 5 Jahre an. Genau genommen wird damit der öffentliche Raum verknappt. Während der Wirtschaftskrise kam es zu staatsstreichartigen Formen der Politik: Kleine Gremien entschieden anhand eines vierseitigen Papiers von US-Notenbank-Chef Bernanke die Kleinigkeit von 800 Milliarden Dollar zur Rettung der Banken. Ähnliche Vorgänge gab es auch in Deutschland.

Die Möglichkeiten sich Gehör zu verschaffen, sind in hohem Maße ausgehebelt. Man kann noch und noch protestieren – aber es bewirkt nichts. Das ist die Erfahrung in ganz Europa. Allein in Österreich demonstrierten Hunderttausende gegen die Rentenreform der Regierung Schüssel-Grasser. Jetzt stellt sich heraus, dass fast jeder in dieser Regierung korrupt war und reif für den Staatsanwalt ist. Aber die Rentenreform wird nicht zurückgenommen.

Was wir dringlich brauchen ist eine Demokratisierung der Demokratie. In der politischen Theorie beschäftigen wir uns unter dem Stichwort „Radikale Demokratie“ seit vielen Jahren damit. Das schließt viele Aspekte ein. Es kann unkonventionelle Formen des Engagements geben, Beteiligungsforen jedweder Art zu vielerlei Themen. Neue Akteure entstehen zu neuen Themen, und es bedarf neuer Beteiligungsformen, die wir als deliberative Demokratie bezeichnen.

Es gibt bereits vieles: Konsensrunden, Schlichtungen, Bürgerdialoge. Aber häufig werden diese Gespräche so ähnlich benutzt wie das Parlament. Sie werden instrumentalisiert. Man bringt die Bürger zusammen, beschäftigt sie und hält sie im Leerlauf der Deliberation, der Beratungsrunden hin. Die wesentlichen Fragen werden nicht verhandelt. Bei aller Demokratie- und Öffentlichkeitsrhetorik dümpeln wir vor uns hin. Das ist die paradoxe Lage: Wir haben keine autoritäre Entwicklung, aber die Nutzung der Demokratie hat autoritäre Aspekte. ■

Dass man von ein und demselben spricht und die vermachteten globalen Strukturen dann doch einen Unterschied machen, zeigte sich im Beitrag von Dr. Arshin Adib-Moghaddam von der Universität London. Seine Bewertung der Bewegungen im arabischen Raum, aber auch im Iran hätte ebenso auf die Proteste in europäischen Zentren zutreffen können. Es handle sich um „postmoderne Revolten“, die über keine einheitliche Ideologie mehr verfügten: „Es gibt kein Hauptquartier und keinen Führer“, so Adib-Moghaddam. Diese Pluralität ist dank der Technologie der neuen Medien möglich. Auch wenn die Ambivalenz der neuen Medien allenthalben betont wurde, bleibt diese Tatsache. Adib-Moghaddam verwies jedoch auf die Diskrepanz in der Wahrnehmung der Ereignisse im arabischen Raum. Über die Entwicklungen in Saudi-Arabien und Bahrein verlieren die Medien kaum ein Wort. Hier den Status quo zu erhalten liege in „unserem“ strategischen Interesse. Das habe die „homogenisierte Öffentlichkeit“ (Demirovic) verinnerlicht.

Warum, so mag man sich fragen, beschäftigt sich eine Hilfsorganisation wie medico international mit diesen Themen? Geschäftsführer Thomas Gebauer verwies in seinen einleitenden Worten darauf, warum gerade für medico das Thema von geradezu brennendem Interesse ist. Mit dem Niedergang der sozialen Bewegungen sei auch der für medico relevante öffentliche Raum verwaist: „Die letzten beiden Dekaden haben wir als schwierige Jahre empfunden, in denen wir mit intensiver Netzwerkarbeit, mit der Arbeit in kleinen Zirkeln, mit unzähligen und nicht immer gut besuchten Veranstaltungen, mit Webseiten-Angeboten, Kampagnen und Konferenzen unseren Beitrag dazu leisteten, diesen öffentlichen Raum am Leben zu erhalten.“ Punktuelle Erfolge, darunter

auch eigene, wie in der Minenkampagne, seien zwar erreicht worden, aber „vorangetrieben von NGO-Netzwerken und eben deshalb schwer über den jeweiligen Anlass hinaus zu verstetigen“. Als Teil von globaler kritischer Öffentlichkeit, die sich für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit und darin für politische und soziale Teilhabe aller Menschen einsetzt, stellt sich die Frage, ob sich in diesen Aufständen und Revolten eine globale Demokratiebewegung zu erkennen gibt. Das wäre dann mehr als ein Punktsieg. ■

Katja Maurer

Das Stiftungssymposium können Sie vollständig auf der Webseite nachhören unter: www.medico.de/stiftungssymposium

stiftung medico international

Die Gründung der medico-Stiftung war eine der wichtigsten Maßnahmen, mit denen medico die Unabhängigkeit seiner Arbeit sichert und sich der zunehmenden Tendenz zur politischen Instrumentalisierung der Hilfe erwehrt. Bis heute haben sich rund 80 Stifterinnen und Stifter mit einer Einlage in das Stiftungsvermögen beteiligt oder die Stiftung in ihrem Testament berücksichtigt. Aus den Zinsen des dauerhaft angelegten Vermögens können so medico-Projekte gefördert werden, die kaum auf öffentliche Zuschüsse oder mediale Öffentlichkeit hoffen können.

Wenn Sie sich vorstellen können, Stifterin oder Stifter zu werden, schicken wir Ihnen gern unverbindlich Informationen zu.

Wenden Sie sich bitte an: Gudrun Kortas,
Tel. 069/944 38-28, info@stiftung-medico.de,
www.stiftung-medico.de

Der syrische Sommer

Eindrücke einer Reise in das Herz eines Aufstandes

Mitte März erreichte der arabische Freiheitsfunke auch Syrien. Aber anders als in Tunesien und Ägypten schlägt das syrische Regime blutig zurück und verstärkt so die – nach über 40-jähriger Alleinherrschaft der Baath-Partei – tief sitzende Kultur der Angst. Der Klimaaktivist Elias Perabo reiste noch vor den ersten Protesten nach Damaskus. Ungeplant inmitten einer Protestwelle gelandet, suchte er Kontakt zu syrischen Aktivisten und beschrieb in Emails seine Eindrücke. medico dokumentiert hier einige Auszüge.

Damaskus, den 28. April 2011:

Wie ihr sicherlich mitbekommen habt, überschlagen sich die Ereignisse in Syrien momentan. Auf meiner Fahrt von Aleppo nach Damaskus konnte ich sehen, wie um Städte wie Homs und Hama Checkpoints eingerichtet wurden, an denen Soldaten und bewaffnete Zivilisten mit Maschinenpistolen die wenigen noch fahrenden Autos kontrollierten. Selbst in Vororten von Damaskus sind entlang der Autobahn Sicherheitsbeamte mit Maschinengewehren positioniert. Spätestens seit den Protesten vom letzten Freitag ist allen Damaszenern klar, dass der Aufstand auch sie erreichen wird. Für die

Demonstranten gibt es kaum ein Zurück mehr. Zuviel wurde riskiert, zu viele haben sich in die Öffentlichkeit gewagt, zu viele sind jetzt schon gestorben. Die Brutalität der letzten Tagen ist kaum fassbar: Auf offener Straße werden Menschen erschossen, ganze Ortschaften vom Militär belagert, Strom- und Telefonleitungen gekappt. Aufzuhören hieße, sich wehrlos der staatlichen Repression auszusetzen. Von Freitag zu Freitag wird die Situation immer festgefahrener. Anders als in Ägypten oder Tunesien stehen den Demonstranten nicht nur die Polizei, sondern große Teile des Sicherheitsapparats gegenüber. Die Freiheitsbewegung wird vor allem regional getragen, fast alle Demonstrationen werden fast autonom in den jeweiligen Regionen organisiert und sind oft wenig vernetzt. Meistens sind es einfache Leute, die auf die Straße gehen – was sich auch daran zeigt, dass sich der Protest vor allem in kleineren Orten abspielt. Interessant ist, dass die Bewegung wie in Ägypten auf die sonst üblichen Ressentiments gegen Israel bzw. die USA verzichtet.



Damaskus, den 5. Mai 2011:

Die Lage ist geradezu explodiert, das Militär rückt mit Panzern und schwerem Geschütz in verschiedene Orte vor, eine riesige Verhaftungswelle hat begonnen. Ein Aktivist sagte: „Bis jetzt wurden wir ins Gefängnis gesteckt, jetzt weiß niemand, wohin die Menschen kommen.“ Doch trotz der Toten scheint die Angst bei vielen gebrochen. Es ist nicht einfach, den Charakter der Proteste bündig einzuschätzen. Die Bewegung ist sehr heterogen, wird von keiner besonderen Schicht oder Altersgruppe dominiert, ein Konglomerat von Aktivisten, lokalen Vereinen und Gruppen, Nachbarschaftsinitiativen, dazu viele Einzelpersonen. Charakteristisch dafür ist schon der Anfang der Proteste am 6. März, in der Kleinstadt Daraa. Nach der Festnahme von 15 Kindern und Jugendlichen wegen regimiekritischer Graffitis demonstrierten erst 200 Menschen, meist Familienangehörige, aber über Nacht, nachdem die Polizei in die Menge gefeuert hatte, wurden es Tausende. Auch der Fokus der Proteste änderte sich rasant: Allgemeine Rufe nach Frieden und Gerechtigkeit wurden schnell von politischen Forderungen nach dem Ende der Notstandsgesetze abgelöst. Das Verdienst der Aktivisten in Daraa ist auch, dass sie die Ersten waren, die ein regionales Komitee gründeten. Dass ausgerechnet die Moscheen zum Ausgangsort der Proteste wurden, liegt daran, dass sie mittlerweile die einzigen Orte sind, an denen man sich noch relativ frei versammeln kann. Anderen Möglichkeiten, etwa Fußballspielen, wurden schnell Riegel vorgeschoben – alle Großveranstaltungen in Syrien sind verboten, selbst die traditionellen christlichen Osterprozessionen wurden abgesagt. Trotzdem spielt die Religion eine untergeordnete Rolle, die

Muslimbrüder schafften es nicht, den Aufstand zu prägen. Einer der beliebtesten Sprechchöre lautet: „Wir brauchen keine Bruderschaft, wir brauchen einen Schritt nach vorn.“ Für die Aktivisten wird neben der Kampagne gegen das Regime die zweite Herausforderung darin bestehen, den religiösen Fundamentalisten keinen Raum zu lassen.

**Beirut, den 12. Mai 2011:**

Vor wenigen Tagen bin ich in den Libanon ausgereist. Hier arbeite ich mit Rami Nahkle zusammen, einem syrischen Aktivist, der Anfang des Jahres aus Damaskus fliehen musste und inzwischen eine der ganz zentralen Figuren des Widerstands ist. Wir systematisieren Informationen, prüfen ihren Wahrheitsgehalt und vermitteln Augenzeugen und Interviews an die internationale Presse. Damit der Informationsfluss nicht abreißt, bringen wir auch Hardware (Satellitentelefone, Minikameras etc.) ins Land. Die Menschen gehen immer selbstbewusster auf die Straße. Uns erreichen Videos, in denen sich Demonstranten den Anweisungen der Sicherheitskräfte lautstark widersetzen. Andere geben mit Name und Gesicht Interviews, in denen sie die Abdankung von Assad fordern. All dies war vor Wochen undenkbar. Ein Reporter von Al Jazeera sagt: „Die Angst hat die Seiten gewechselt.“ Mit 800 toten

Demonstranten ist der syrische Frühling dennoch der blutigste der arabischen Aufstände, vom Bürgerkrieg in Libyen abgesehen. Das Regime versucht die Impulse und Aktionen der Protestbewegung systematisch zu brechen: Mindestens zwei Gefangenen- und Folterlager in Fußballstadien wurden eingerichtet. Problematisch ist allerdings die mangelnde Beteiligung der Mittelschichten in Aleppo und Damaskus. Seit einigen Tagen erleben wir einen Wandel im staatlichen Umgang mit den Demonstrationen. Wir nennen es die „Iran-Strategie“. Zu Anfang setzte Assad auf einen Mix von vorgetäuschter Dialogbereitschaft und brutalem Schusswaffeneinsatz. Aber die Abschreckung funktionierte nicht, die Demonstrationen wuchsen mit jedem Toten. Jetzt setzt das Regime auf Massenfestnahmen: Unmengen Leute werden allein wegen ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten Zielgruppen für mindestens eine Woche verhaftet und gefoltert, zuletzt Tausende Männer im Alter zwischen 20 und 35 Jahren in Daraa und Baniyas. In den Vororten von Damaskus trifft es Bewohner ganzer Straßenzüge. Soldaten der 4. Division der Armee oder der Präsidentengarde umstellen die Viertel, Scharfschützen postieren sich auf den Dächern, dann werden die Leute festgenommen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Deutlich weniger Tote, also weniger Beerdigungen samt folgender Demonstration – entsprechend niedrigere internationale Empörung. Dass die meisten Inhaftierten nach einer Woche wieder entlassen werden, liegt nicht nur an Kapazitätsengpässen, sondern folgt einem perfiden Kalkül. Die Betroffenen sollen von dem Grauen, den körperlichen und seelischen Misshandlungen erzählen, um andere damit abzuschrecken. So wurde vor gut zwei Jahren die grüne Re-

volution im Iran niedergeschlagen. Es erstaunt deshalb auch nicht, dass es in den letzten Wochen zu einem massiven Geheimdienstaustausch zwischen Teheran und Damaskus gekommen ist.



Beirut, den 26. Mai 2011:

Heute erreichte uns eine merkwürdige Anfrage: eine Aktivistin aus Syrien, seit längerer Zeit im Untergrund, konnte ihre Katzen nicht in ihr neues Versteck mitnehmen. Jetzt fragt uns ihre Freundin, ob wir nicht jemanden kennen, der die Katzen aufnehmen könnte. Vor dem Hintergrund, dass inzwischen in Syrien mehr als eintausend Menschen von Sicherheitskräften erschossen wurden, Gräber mit unbekanntem Leichen aufgetaucht sind, viele Hunderte Menschen vermisst und Tausende noch verhaftet sind, scheint es geradezu absurd, dass wir uns um ein Katzenasyl kümmern sollen. Gleichzeitig sind solche Alltagsgeschichten für die Betroffenen im ständigen Ausnahmezustand eminent wichtig. Das Risiko der Aktivistin wird in ganz anderer Weise plastisch. Die Geschichte ist aber auch symbolisch für den Wandel des Protestes. In den letzten Wochen ist klar geworden, dass der syrische Frühling sich nicht zu einem Momentum entwickelt, wo die Kalender einfach weggeworfen werden, um alles auf die Karte des schnellen Umbruches zu setzen. Hoffentlich langfristig tragfähige Strukturen lösen den spontanen Aufstand lang-

sam ab. Es gibt jetzt 15 lokale Komitees, über Internet und vertrauenswürdige Kontaktpersonen landesweit vernetzt. Assad hat es bislang nicht geschafft, die Proteste unter Kontrolle zu bringen. Eine Ursache liegt in dem Umstand, dass der Protest sich anders als im Iran, in Ägypten und Tunesien nicht in den Zentren abspielt, sondern über das ganze Land verteilt ist. Allein letzten Freitag gab es in über 50 Orten Syriens Demonstrationen.



Berlin, 8. Juni 2011:

Es ist vorbei. Selbst pessimistische Analysten müssen eingestehen, dass Assads Zeit abläuft. Aber es wäre naiv, darin bereits den Erfolg der Proteste zu sehen, und es wäre fahrlässig, die Stärke dieses Regimes zu unterschätzen. Nach über 1.400 Toten, nach der Folterung und Tötung des 13-jährigen Hamza, vor allem aber, nachdem die Proteste mit 50.000 Menschen in Hama erstmals eine kritische Zahl erreichten, forderten Exilsyrer auf einer großen Konferenz in Antalya am 2. Juni den sofortigen Rücktritt des Präsidenten. Demonstranten gaben am darauffolgenden Freitag die klare Parole aus: „Keine Gespräche, bevor das Regime nicht gestürzt ist“. Wahrscheinlich ist, dass Assad den eingeschlagenen militärischen Weg fortsetzt. Zwar gibt es bereits zahlreiche Soldaten, die Schießbefehle verweigern (und oft darauf hin sofort erschossen werden), und es häufen sich Desertionen, aber es ist schwer

vorstellbar, dass größere Teile der über 310.000 Mann starken Armee den Befehl verweigern würden bzw. sich auf die Seite der Demokratiebewegung stellen. Die Armee ist so aufgebaut, dass in jeder Brigade mindestens ein der Assad-Familie nahe stehender Alawit die Führung oder die Stellvertretung inne hat. Wenn es deshalb einerseits keinen Grund für großen Optimismus gibt, muss man andererseits erinnern, dass vor vier Monaten keiner einen solchen Umbruch erahnt und vorauszusagen gewagt hätte. Klar scheint nur eines: Das Regime wird fallen – es gilt jetzt daran zu arbeiten, dass es so wenig Opfer wie möglich gibt.

Elias Perabo ist ein langjähriger Klimaaktivist, der hauptsächlich in Deutschland lebt. In den letzten Jahren koordinierte er die Anti-Kohle-kampagne der Klima-Allianz.

Projektstichwort

Das Netzwerk Local Coordination Committees of Syria (LCCSyria) ist eine Dachorganisation lokaler Komitees, die sich im Zuge des aktuellen syrischen Aufstandes bildeten. Die lokalen Koordinationsschüsse organisieren Treffen sowie Demonstrationen und tragen per Web 2.0 die aktuellen Entwicklungen. Im LCCSyria arbeiten junge Internetaktivisten mit Menschenrechtlern und Oppositionellen zusammen, die schon seit Jahren im Widerstand gegen das Regime stehen. Das Netzwerk forderte unlängst, dass Baschar al-Assad endgültig abtreten müsse, damit das Land eine demokratische Chance bekommt. Eine international überwachte Konferenz solle eine neue Verfassung erarbeiten. Es müsse verhindert werden, dass Syrien ins Chaos stürze, erklärte das LCC-Syria weiter. medico wird dem jungen Netzwerk der syrischen Demokratie solidarisch zur Seite stehen. Zukünftig sind auf unserer Webseite seine Nachrichten zu verfolgen. Das Spendenstichwort lautet: **medico**.

Europa muss helfen!

Unterschriftenaktion von medico und Pro Asyl zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Libyen

Sie sahen zu, wie sie im Meer ertranken“. Der junge Mann erzählt in einem erschütternden Video, wie ein Flüchtlingsboot in Richtung Italien unterging und die Besatzung einer Küstenwache teilnahmslos das Sterben beobachtete. In dem Flüchtlingslager Choucha an der tunesisch-libyschen Grenze sitzen rund 4.000 Flüchtlinge aus Eritrea, Somalia,

der Elfenbeinküste, dem Sudan und anderen Ländern fest. Sie flohen vor dem Krieg um Tripolis, saßen in libyschen Gefängnissen, wurden misshandelt, gefoltert oder ausgeraubt; wieder andere waren bereits auf See, wurden abgefangen oder kenterten.

Die EU bezahlte Colonel Gaddafi, damit er uns alle jene vom Leib hält, die in Europa ein besseres Leben suchen. Im öffentlichen Streit über die Flüchtlinge wird oft verschwiegen, dass die vorwiegend jungen Leute, ob aus dem Maghreb oder dem subsaharischen Afrika, nicht nur vor Armut und Not geflohen

sind, sondern auch vor einem Mangel an Freiheit. Für sie ist dieses Europa an der Grenze eine traumatische Erfahrung: Kontrolle, Lagerhaft und Abschiebung. Die EU ist in Nordafrika nicht bereit zu respektieren, dass neu errungene Freiheitsrechte auch die Freiheit der Mobilität mit einschließt. Alexis de Tocqueville notierte einmal den zynischen Satz: „Der gefährlichste Moment für eine schlechte Regierung kommt gewöhnlich, wenn sie sich zu reformieren beginnt.“ Das europäische Grenzregime ist eine solche „schlechte Regierung“. Und sie beginnt nervös zu werden. In diesem Frühjahr starben be-



reits 1.600 Flüchtlinge beim Versuch das Meer zu überqueren. Die Politik reagiert zynisch wie kaltherzig. Berlusconi bezeichnete die Schutzsuchenden aus Nordafrika als „menschlichen Tsunami“. Sarkozy lehnt jede Visaerteilung ab, Kanzlerin Merkel ebenso. Die Innenminister von Bayern und Hessen wollen wieder Grenzkontrollen einführen. Dabei geht es bislang um lediglich 25.000 Flüchtlinge – bei derzeit etwa 500 Millionen EU-Einwohnern. Es ist an der Zeit, dass sich dagegen eine durchsetzungsfähige demokratische Koalition bildet, die endlich eine sofortige humanitäre Hilfe im Mittelmeer umsetzt. Hier braucht es keine Interventions-

armee. Es reicht die helfende Hand. Die Aufnahme aller Flüchtlinge wäre das Gebot der Stunde. Darüber hinaus: ein Moratorium für alle Frontex-Einsätze, sowie die Untersuchung aller Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen. Dies wäre ein Anfang vom Ende der Unfreiheit an Europas Außengrenzen.

medico fordert gemeinsam mit Pro Asyl und aktivistischen Netzwerken wie „welcome to europe“ die sofortige Hilfe für die Flüchtlinge in Choucha. Unterzeichnen Sie den Appell „Fluchtwege öffnen, Flüchtlinge aufnehmen!“ online auf www.medico.de ■

Martin Glasenapp

Lobbygespräche für gleiche Rechte

medico-Partner aus Israel/Palästina im politischen Berlin

Im Juni organisierte medico eine gemeinsame israelisch-palästinensische Delegation mit Vertretern der medico-Partner Al Mezan aus Gaza, Ärzte für Menschenrechte - Israel und Al Haq aus der Westbank ins politische Berlin. Gespräche wurden geführt im Kanzleramt, im Auswärtigen Amt, bei den Fraktionen im Bundestag, im Auswärtigen und Menschenrechtsausschuss sowie mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Unsere Partner plädierten dafür, die aktuelle innerpalästinensische Versöhnung zu fördern, da die Konkurrenz zwischen Hamas und Fatah zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen geführt hat. Die bestehende israelische Blockade von Gaza war stets Thema, nicht zuletzt, weil der Platz von Mahmoud Aburahma von Al Mezan leer bleiben musste: Es bedurfte acht langer

Tage Bürokratie, um den Gazastreifen zu verlassen. Er kam deshalb verspätet in Berlin an. Bemerkbar war das Unbehagen der Gesprächspartner, unabhängig davon ob sie zur Regierung oder Opposition gehören, angesichts der aktuellen israelischen Regierungspolitik. Während bei unserer letzten Delegationsreise im Februar 2010 viele noch die Hoffnung äußerten, der ohnehin eher virtuelle Friedensprozess könne wiederbelebt werden, sehen heute viele den unerträglichen Status quo der Besatzung. Was zu tun sei? Während sich deutsche Politiker bekanntlich eher zurückhalten und Druck auf die Konfliktparteien ablehnen, forderten unsere Partner aus Israel und Palästina, dass sich deutsche Politik konsequent für die Menschenrechte im Lebensalltag von Palästinensern wie Israelis einsetzen sollte. ■

Tsafir Cohen

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt.

Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben, die medico-Stichworte, die Minenzeitung aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: unter www.medico.de finden Sie über „Kontakt Service Presse/Publikationen und Material“ die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen.

Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. (069) 944 38-0 zur Verfügung.



NEU: medico-Jahresbericht 2010

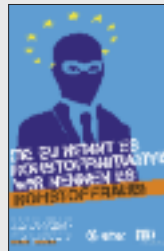
(36 S.) Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.



NEU: Fluchtursache Reichtum

Migration und Rohstoffhandel in Afrika

(44 S.) Gold, Diamanten, Baumwolle und Fischbestände: In einigen Ländern Westafrikas zeigt sich, dass gerade der Reichtum an Rohstoffen die Migrationsbewegungen innerhalb Afrikas und nach Europa hervorruft.



NEU: Auf Rohstoffraub

Kampagnenmaterial zur EU-Rohstoffinitiative

Weltweit steigt die Nachfrage nach Rohstoffen. Die EU sichert sich den schrankenlosen Zugang. Verlierer sind die Länder des globalen Südens. Attac und medico fordern mit der Kampagne gegen Rohstoffraub eine radikale Abkehr von der auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik. Bestellen Sie Plakate, Flyer oder Aufkleber.

Reisen in die Zivilgesellschaft

medico-Projekte und ihre Kontexte aus der Nahsicht

Im Rahmen der „Reisen in die Zivilgesellschaft“, die die Berliner tageszeitung veranstaltet, werden auch regelmäßig Projektpartner von medico besucht. Die Kooperation von taz und medico hat sich insbesondere bei den Reisen nach Palästina/Israel bewährt.

Vom 2. – 11. September und 21. – 30. Oktober werden die nächsten Reisen angeboten. Vom 11. – 26. Februar findet eine Reise nach Guatemala statt, die von unserem medico-Kollegen vor Ort, Dieter Müller, vorbereitet und geleitet wird.

Weitere Informationen unter: <http://www.taz.de/4/taz-reisen/>

Ich bestelle:

Anzahl:

- _____ medico-Jahresbericht 2010
- _____ Broschüre: Fluchtursache Reichtum
- _____ Auf Rohstoffraub: Plakat DIN A2
- _____ Auf Rohstoffraub: Flyer (8 Seiten)
- _____ Auf Rohstoffraub: Aufkleber, 60x40 mm
- _____ Broschüre: stiftung medico international
- _____ medico-Stichwort: Afghanistan
- _____ medico-Kurzvorstellung
- _____ Plakat DIN A1 WHY?
- _____ medico-Praxis-Plakat DIN A1: Sri Lanka
- _____ medico-Praxis-Plakat DIN A1: Afghanistan
- _____ medico-Praxis-Plakat DIN A1: Simbabwe
- _____ medico rundschreiben 04 | 10
- _____ medico rundschreiben 01 | 11

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Meine Spendernummer: _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- dass der Rechnungsbetrag einmalig für diese Bestellung von meinem Bankkonto abgebucht wird.

Kontonummer: _____

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an:
(069) 43 60 02



Broschüre stiftung medico international

(16 S.) Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.



Stichwort Afghanistan

(16 S. DIN A5-Heft) Arbeitsalltag und Beispiele der medico-Projektarbeit in Afghanistan, verbunden mit einer Kurzvorstellung von medico und seinem Gesundheitsverständnis.



medico-Kurzvorstellung

(16 Seiten, DIN A6) Hilfe in der Not ist unumgänglich. Ein politisches Verständnis von Hilfe geht aber darüber hinaus. medico und seine Partner stellen sich in 12 Projektbeispielen vor.



WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

(DIN A1) Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende freuen. **Spendenstichwort: Migration.**



Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit (Plakate, DIN A1)

medico-Plakate für Gesundheitszentren, Arztpraxen oder andere öffentliche wie private Orte. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €),

würden wir uns über eine Spende freuen. **Spendenstichwort: Gesundheit.**

Spendeninformation

Adressänderung:

Bitte geben Sie bei Änderungen Ihrer Adresse auch Ihre alte Anschrift und/oder die Spendennummer an. So ermöglichen Sie es uns, Sie zu „finden“, und helfen zugleich mit, Verwaltungskosten zu sparen.

Einmalige Spende:

Für Spenden ab 50 € schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zu. Für alle Spenden unter diesem Betrag empfehlen wir Ihnen, Ihrem Finanzamt eine Kopie Ihres Kontoauszugs zusammen mit einem Abriss eines medico-Überweisungsformulars einzureichen. Auf der Rückseite des Abrisses befinden sich Informationen zum Freistellungsbescheid. Selbstverständlich stellen wir Ihnen auch für Spenden unter 50 € auf Anfrage eine Spendenbescheinigung aus. Wenn Sie mehr als einmal im Jahr spenden, schicken wir Ihnen keine Einzelquittung, sondern gerne zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Fördermitgliedschaft:

Die Fördermitgliedschaft bei medico sieht keine Projektbindung vor. Vielmehr unterstützen Sie damit unsere gesamte Projekt- und unsere unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen es uns, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen, aber auch flexibel zu reagieren, wenn akute Hilfe notwendig ist. Der jährliche Förderbeitrag liegt

bei mind. 120 €. Das wäre z.B. der relativ kleine Betrag von 10 € monatlich. Für Leute mit wenig Geld (Auszubildende, Erwerbslose, Studierende) beträgt der jährliche Förderbeitrag 60 €. Für alle regelmäßigen Spenden (Fördermitgliedsbeiträge, Einzugsermächtigungen und Daueraufträge) schicken wir Ihnen jeweils im Januar des darauffolgenden Jahres eine Sammelbestätigung zu, auf der alle Spenden des Jahres aufgeführt sind.

Spendenquittungstelefon:

Tel. (069) 944 38-11, Fax: (069) 944 38-15 oder E-Mail: info@medico.de

Bankverbindung:

medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen! medico international ist gemeinnützig und Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

stiftung medico international:

Wenn Sie, statt einer Spende – die unmittelbar in die Projektförderung fließt – über eine Einlage in die stiftung medico international – deren Wirkung auf Dauer angelegt ist – nachdenken, dann senden wir Ihnen gerne weitere Informationen.

Sie können sich auch direkt an Frau Gudrun Kortas wenden: Tel. (069) 944 38-28 oder per Email: kortas@medico.de

impresum



Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0
Fax (069) 43 60 02

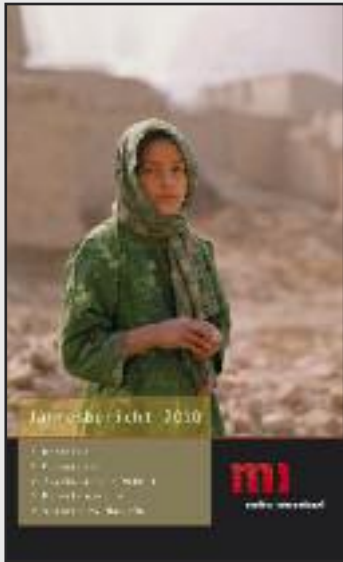
Spendenkonto: 1800
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

E-Mail: info@medico.de
Internet: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp

Korrekturat: Marek Artl
Gestaltung: ostpol

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf Reprint-Papier gedruckt, das zu 80% aus Recyclingpapier und zu 20% aus Primärfaser aus nachhaltiger Forstwirtschaft besteht.



Jahresbericht 2010

Die gründliche medico-Gesamtschau

Exemplarisches:

- Gesundheit: Wiederaufbau nach der Flut in Pakistan
- Nothilfe: Nachbarschaftshilfe in Haiti
- Menschenrechte: Migration und Partnernetzwerke in Mali
- Vernetztes Handeln: Sri Lanka Advocay / Bündnis Entwicklung Hilft
- Strategische Öffentlichkeit: Für eine weltweite Gesundheitsbewegung

Übersicht:

- medico vor Ort: Alle weltweiten Partner und Projekte
- Transparenz: Finanzbericht inkl. Bilanz, Gewinne und Verluste
- stiftung medico international: Debatten und Vernetzung

(36 Seiten kostenlos). Ein Anruf oder eine Email genügen.
Tel. (069) 944 38-0, info@medico.de





**DIE EU NENNT ES
ROHSTOFFINITIATIVE ...**



**...WIR NENNEN ES
ROHSTOFFFRAUB!**

KAMPAGNENSTART VON MEDICO UND ATTAC

Weltweit steigt die Nachfrage nach strategisch wichtigen Rohstoffen, zu deren größten Konsumenten Deutschland gehört. Die Europäische Union (EU) fordert in ihrer von deutschen Interessen dominierten Rohstoffinitiative (2011) den schrankenlosen Zugang zu den begehrten Bodenschätzen. Dabei wird massiver Druck auf die Exportländer ausgeübt. Viele der begehrten Industriemineralien liegen in den Böden der Länder des globalen Südens. Die EU nutzt Handels- und Investitionsabkommen, um den kostengünstigen Zugang zu Rohstoffen zu erreichen und schlägt dabei handfeste Vorteile für Unternehmen heraus; bindende Regeln für transnationale Konzerne gibt es kaum. Die Folge sind unzumutbare Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen in den Produktionsstätten. Die Abbaumethoden schädigen die Gesundheit der lokalen Bevölkerung, zerstören die Umwelt und machen die Böden für eine landwirtschaftliche Nutzung unbrauchbar. attac und medico fordern eine radikale Abkehr von der auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik und betonen das Recht der Entwicklungsländer, ihre Exporte und Investitionen im öffentlichen Interesse selbst zu regulieren.

Machen Sie mit bei unserer Kampagne! Bestellen Sie Flyer, Plakate und Aufkleber. Beteiligen Sie sich an der Protestaktion unter www.medico.de



medico international